

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 52

Einheits-Conto. 2. und 3. Preis vierteljährlich 1,50 M., ohne Porto. Nur Postweg. Schriftleitung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle: Berlin, den 19. Dezember 1920. Nr. 114. 1920. 36. Jahrgang

Berlin, den 19. Dezember 1920

Anzeigenpreis: Die viergespaltene Zeile 90 Pfennig; für Werbemittel 60 Pfennig; Stellenangebote 60 Pfennig; Besondere Anzeigen 60 Pfennig. Der Abzug lautet sich vorher zu richten.

36. Jahrgang

In den Tagen vom 17.-19. Dezember ist Urabstimmung!
Wer für die Neuregelung der Beiträge und der Unterstufungen im Sinne der vom Beirat aufgestellten Vorlage ist, stimmt mit „Ja!“

Das Jahr 1920 hat 53 Wochen!

Auf Grund des Datumangeigers für das Jahr 1920 sind in diesem Jahre für 53 Wochen Beiträge zu leisten. Es sind daher im vierten Quartal für 14 Wochen (Woche 40 bis 53) Beitragsmarken zu liefern. Die Beitragsmarkte für die 53. Woche ist im Mitgliedsbuch bzw. in der Mitgliedskarte neben das 52. Wochenfeld zu liefern, so daß für die Monate Oktober und Dezember je 5 und für den Monat November 4 Beitragsmarken in Betracht kommen.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Urabstimmung über die Neuregelung der Beiträge und der Unterstufungen.** Die Abstimmung erfolgt in der Zeit vom 17.-19. Dezember. Jedes Mitglied muß den Abstimmungszeitel selbst ausfüllen und ihn einm. Bevollmächtigten der Ortsverwaltung übergeben. Ob die Abstimmung in Mitglieder- oder Versammlungen erfolgen soll oder ob dieselbe im Bureau oder in besonders dazu bestimmten Lokalen zu erfolgen hat, bestimmen die Ortsverwaltungen. Auf alle Fälle muß aber jedem Mitgliede bis zum vorgesehene Ende Termin Gelegenheit zur Abgabe des Abstimmungszeitels gegeben werden.

Auf der Liste befindliche Mitglieder nehmen die Abstimmung in einer an den fraglichen Tagen von ihnen berührten Zahlstelle vor. Einzelne, die Mitglieder haben den Stimmzettel bis zum Ende Termin an ihren Gauvorstand einzuwenden. Auf alle Fälle muß Vorkehrung dafür getroffen werden, daß doppelte Abstimmung nicht stattfinden kann.

Das Ergebnis der Urabstimmung ist unmittelbar nach Schluss derselben festzustellen und so zeitig an uns abzugeben, daß es spätestens am Mittwoch, den 22. Dezember, früh morgens bei uns eintrifft. Zur Uebermittlung des Abstimmungsergebnisses bitten wir die allen Bevollmächtigten zugeordneten Postfakten mit entsprechendem Vordruck zu benutzen.

2. **Wahl eines neuen Gauleiters für Gau 14/15.** Die bevorstehende Verlegung des Gauvorortes für Gau 14/15 von Lehr nach Stuttgart und der Wunsch der Ortsverwaltung in Lehr, den bisherigen Gauleiter, Kollegen Dürr, als Lokalbeamten in Lehr zu behalten, machte die Wahl eines neuen Gauleiters notwendig. Als solcher ist im Einvernehmen mit dem Gauvorstand und der Stuttgarter Ortsverwaltung der Kollege Karl Hemminger in Stuttgart, bisher Bevollmächtigter der Zahlstelle Stuttgart, gewählt worden.

Wenn die Verlegung des Gauvorortes und der Amtsantritt des Kollegen Hemminger als Gauleiter erfolgt, wird noch beklagt.

Die übrigen Bewerber um den Gauleiterposten in Stuttgart wollen ihre Bewerbung durch diese Bekanntmachung als erledigt betrachten.

3. **Wahl eines Zahlstellenbeamten für Köln.** In der vorigen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“

haben wir schon bekanntgemacht, daß die Wahl in Köln auf den Kollegen Eduard Lehmann in Krefeld gefallen ist. Weil das in voriger Nummer zu sagen versäumt wurde, möchten wir hiermit darauf hinweisen, daß den übrigen Bewerbern wie üblich schriftliche Mitteilung nicht zugeht. Wir bitten vielmehr die übrigen Bewerber um die Stellung in Köln, ihre Bewerbungen durch diese Bekanntmachung als erledigt zu betrachten.

Wir danken allen Bewerbern um die ausgeschriebenen Stellen für Stuttgart und Köln für ihre Verehrung, sich eventuell gang in den Dienst des Verbandes zu stellen.

4. **Anstellung eines Zahlstellenbeamten für Stuttgart.** Durch die Wahl des bisherigen Bevollmächtigten der Zahlstelle Stuttgart zum Gauleiter für Gau 14/15 muß eine neue Anstellung für Stuttgart möglichst bald erfolgen. Wir bringen die Stellung hiermit zur Ausschreibung und eruchen solche Kollegen, die auf eine Anstellung in der Zahlstelle Stuttgart reflektieren und mit allen Arbeiten für die Organisation aufs innigste vertraut sind, ihre Bewerbung spätestens bis zum 5. Januar an uns (Berlin S. 59, Urbanstr. 63) gelangen zu lassen. Die Wahl erfolgt später durch Auswahl in Stuttgart. Die Verteilung der Arbeiten unter den dann für Stuttgart zur Verfügung stehenden Kräften wird die Ortsverwaltung nach erfolgter Wahl vornehmen.

Die Anstellung erfolgt unter den in der Sitzung des Beirats vom 11.-13. November beschlossenen und in Nummer 48 der „Buchbinder-Zeitung“ vom laufenden Jahr auf Seite 251 angegebenen Bedingungen.

Die Bewerbungsschreiben müssen von den Bewerbern eigenhändig geschrieben sein. Eine kurze Schilderung des bisherigen Lebenslaufs und Angaben über die bisherige Tätigkeit im Verband sind dem Bewerbungsschreiben beizufügen. Beide Schriftstücke sind der leichteren Erledigung halber in je drei Exemplaren zu liefern.

Solche Bewerber, die sich auch um die Stellung als Gauleiter in Stuttgart beworben haben, können sich auf die dabei gelieferten Bewerbungsschreiben berufen.

5. **Pünktliche Beitragsleistung.** Um den mit der Führung der Kassengeschäfte betrauten Funktionären die Arbeit unendlich zu erleichtern, richten wir hiermit an alle Mitglieder die dringende Mahnung, die Beiträge regelmäßig und pünktlich an die zuständigen Stellen abzugeben. Mit dem 1. Januar 1921 werden wahrscheinlich neue Beitragsmarken zur Ausgabe kommen, so daß von da ab auch für etwa noch vorhandene Restwochen nur noch diese neuen Marken mit den erhöhten Beitragsätzen zu verwenden sind.

Die Orts- und Gauverwaltungen sind verpflichtet, darauf zu achten, daß die Unterkassierer, Beiratsvertrauensleute usw. die einfallenden Beitragsgelder in den kürzesten Fristen einreichen. Die keineswegs länger als 14 Tage sein dürfen, an die Zahlstellen- und Gaukassierer abliefern.

6. **Einsendung der Verbandsgelder.** Wir müssen leider die Beobachtung machen, daß in sehr vielen Zahlstellen gang außerordentlich hohe Geldebeträge am Ort zurückgehalten werden. Da an die Verbandskasse zurzeit sehr hohe Ansprüche gestellt werden, ist es unbedingt erforderlich, alle überhöhtigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jeden Monats an die Verbandskasse einzusenden.

7. **Erneuerung von Mitgliedsbüchern.** Alle mit Ende des Jahres 1920 vollgeklebten Mitgliedsbücher werden durch den Verbandsvorstand erneuert. Die Inhaber solcher Bücher bitten wir, hinsichtlich schon vor Jahreschluss ihre Beitragspflicht bis Ende 1920 (bis einschließlich 53. Woche) zu erfüllen und die Bücher umgehend an die Gau- bzw. Zahlstellenverwaltung einzuliefern. Vor Einsendung der Bücher ist darauf zu achten, daß die Einträge auf der Titelseite vollständig vorhanden sind. Insbesondere ist darauf zu sehen, daß jedes Buch die Unterschrift des Inhabers trägt, wobei auch der Rufname vollständig geschrieben sein muß.

Ferner ist zu beachten, daß beitragsfreie Wochen als solche kenntlich gemacht und alle übrigen Wochenfelder mit Marken besetzt sind. Eingeklebte Bücher, die dem nicht entsprechen, müssen von uns zurückgegeben werden.

Die alten Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern mit den neuen Mitgliedsbüchern zurückgegeben.

8. **Mitgliedskarten,** die bereits mit 52 Beitragsmarken besetzt sind, bitten wir nur dann zum Umtausch gegen ein Mitgliedsbuch einzuliefern, wenn die Beiträge bis Ende des Jahres 1920, einschließlich der 53. Woche, entrichtet sind.

Ausgenommen hiervon sind solche Mitgliedskarten, deren Inhaber durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit zum Bezuge von Unterstützung berechtigt sind.

9. **Eine Neuregelung der Lokalbeiträge** ist in der Zahlstelle Kiel beschlossen und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Die Lokalbeiträge betragen in Kiel vom 1. Januar ab für männliche Mitglieder 1,50 M., und für weibliche Mitglieder 80 Pf. pro Woche.

10. **Berichtskarten für das Statistische Amt** (gelbe Karten) sind im Laufe dieser Woche an die Kassierer der Gau- und Zahlstellen verandt worden. Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen (Frage 3 und 4) kommt für diesen Monat Freitag, der 31. Dezember in Betracht. Die anderen Fragen (Fr. 2 und 5 bis 8) beziehen sich auf das ganze abgelaufene Vierteljahr, die Ausfüllung der Karte kann daher erst erfolgen, wenn für das ganze Vierteljahr die Zahl der Arbeitslosenfälle sowie die Summen der im ganzen Vierteljahr verausgabten Beiträge für Arbeitslosen- und Bemerkungenunterstützung (einschl. der Lokalunterstützung) festgestellt sind.

Für die nächste Beantwortung der in den Berichtskarten gestellten Fragen ist im „Gaubuch“ für die Bevollmächtigten“ auf Seite 226-227 eine ausführliche Erläuterung gegeben, welche wir allen damit beauftragten Funktionären, besonders aber den

In den neugegründeten Buchbinden tätigen Kassierern, zur genaueren Beachtung empfehlen.

Die Berichtarten müssen spätestens am 6. Januar bei uns eingehend und sind zu frankieren.

11. Für die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ muß der Bezugspreis vom 1. Januar 1921 ab auf 1,20 M. je Vierteljahr erhöht werden. Wir haben unseren Mitgliedern dieses Blatt bisher noch für 80 Pf. geliefert. Infolge der weiteren Steigerung der Druck- und Papierpreise ist der Bezugspreis für uns schon seit dem 1. Juli d. J. wieder bedeutend erhöht worden, so daß wir seitdem bei jedem einzelnen Bezugsnehmer im Vierteljahr 40 Pf. zulegen mußten, ohne die durch den Versand noch entstehenden Ankosten.

Wir ersuchen daher die Kassierer der Gauen und Bezirksstellen, sowie alle diejenigen Mitglieder, welche das Blatt durch diese beziehen, zu beachten, daß vom 1. Januar 1921 ab für alle bei uns bestellten Exemplare je 1,20 M. vierteljährlich zu zahlen sind.

Die „Frauenzeitung“ erscheint alle 14 Tage und wird durch Vermittlung der Organisation geliefert. Die Zustellung erfolgt immer mit der „Buchbinder-Zeitung“. Für den Eingang des Bezugspreises sind die Gauen und Ortsvereinigungen haftbar.

12. Materialverband. Allen Kassierern der Gauen und Bezirksstellen sind in den letzten Tagen zugesandt worden:

- 1. Neue Luftungsmarken.
 - 2. Formulare für die Zusammenstellung lokaler Einnahmen und Ausgaben 1920.
 - 3. Datumangeiger für 1921.
 - 4. Gelbe Berichtarten für die Arbeitslosenstatistik (Stichtag: 31. Dezember 1920).
- Sollte diese Sendung bis zum 26. Dezember irgendwo nicht eingetroffen sein, so ersuchen wir um entsprechende Mitteilung. Der Verbandsvorstand.

Weihnachten und die Arbeiterbewegung.

Wieder sind die Tage der Lampen-Nächte in das Land gezogen und Mutter Natur scheint ihre Kinder in den Winter Schlaf einzuliegen. Wald, Wiese und Feld sind in eine Schneedecke eingehüllt, genau so wie sich der müde Wanderer nach vollbrachtem Tageswerk in normalen Verhältnissen in sein warmendes Bett legt. Aber wenn schon in Friedenszeiten die Zahl derer groß war, die nicht ruhten, womit sie ihre Wägen bedecken sollten und wo sie ihre ermüdeten Knochen ausruhen konnten, dann ist jetzt nach dem schrecklichen Massenmorden die Zahl der Hungernden und Friedenstenden zu einer riesenhaften Armee geworden, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat. In die Menschheitsgeschichte ist ein harter Winter eingetreten. Aber genau so, wie in der Natur der Winter eine notwendige Vorbereitung für das Wiederaufwachen der Natur ist, so ist die traurige Gegenwart notwendig, um eine bessere Zukunft zu gestalten. Wie die Mutter im Wochenbett unter schweren Wehen mit dem Tode ringt, so wird die Welt mit schmerzhaften Wehen gepeinigt. Und wenn auch schon Hunderte und Tausende von Jahren die Weihnachtsglocken ihre ehernen Bungen erschallen lassen, und wenn auch fast Frieden auf Erden nicht nur Tausende, sondern Millionen dem unerträglichen Kriegsmord geopfert sind, das Blut der Märtyrer ist der Samen einer neuerstehenden Gesellschaft des Weltfriedens und der Menschlichkeit. Der Weihnachtsgruß Frieden auf Erden soll und muß zur Siegesfanfare werden. In allen Zeiten hat die leidende Menschheit von einem goldenen Jahrhundert geträumt und wohl am schönsten ist dieser Traum aus den Schicksalen des Volkes in der Messias-Idee zum Ausdruck gekommen. Aber nicht latentlos dürfen wir abwärts sehen, nicht verzweifelt die Hände in den Schoß legen. Wir müssen die Wege bahnen, wir leben in der politischen und wirtschaftlichen Abwärtszeit. Und da heißt es vor allen Dingen erkennen, was ist. Der Arzt kann erst dann heilen, wenn er den Krankheitsherd kennt. Wer Augen hat zu sehen, der muß klar erkennen, daß der Kapitalismus die Wurzel alles Übels ist. „Wie der Wolf die Lämmerlein auf der Weide frisst, so fressen die Reichen die Armen. Was soll aber der irdene Topf neben dem ehernen Topf, so beide zusammenstoßen, zerbricht der irdene Topf.“ Wie der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Reinem und großem Kapital, so ist auch der Kampf, der schreckliche Konkurrenzkampf der angeblichen Kapitalisti-

schon Kulturenationen, die unerbittliche Konsequenz der alten Gesellschaftsordnung. Das alte Rom führte seine Kriege, um immer neue Produktionskräfte, um immer neue Sklaven zu gewinnen. Die neuen Staaten führen Krieg letzten Endes nur deshalb um nicht einzeln zu verfallen, sondern um ganze Sklavenspäthler zu schaffen. Diese Erkenntnis zu haben, ist die Voraussetzung für eine bessere Zukunft. Derjenige, der die leidende Menschheit erlösen muß und wird, kann kein Mensch und kein König sein, der aus Himmelsböhen kommt. Auch dann nicht, wenn es der edelste und beste Mensch wäre. Der Erlöser wohnt in der Menschheit, auch in der der geringsten darbenenden Brüder und Schwarm. Er ist der Traum und der Wille, die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen. Die grausame Jagd und die Habgier gilt es auszurotten. Es darf nicht mehr gearbeitet werden im Interesse und für Rechnung einzelner, der Maßstab menschlicher Produktivität darf nicht die Spekulation, sondern das gesellschaftliche Bedürfnis sein. Der Sozialismus, die Vergesellschaftung der Naturkräfte und Arbeitsmittel, das ist der Erlöser der Menschheit.

Und wir brauchen nicht zu verzweifeln, dieser Retter aus allen Nöten ist schon geboren. Es gilt nur der in Blindheit tappenden Menschheit den Weg zu zeigen. Der Retter ist schon in den politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen. Auch unser Verband ist ein Wohnort dieses Erlösers. Dem Zweifler und dem Kleingläubigen kann nicht laut genug ins Ohr gerufen werden: Was wäre aus der hungernden Menschheit geworden, wenn nicht die Gewerkschaften für sie eingetreten wären. Wohl konnte das Himmelreich auf Erden noch nicht errichtet werden. Wohl ist das Elend nach dem beispiellosen Zusammenbruch groß und schreckhaft. Aber daß die Menschheit noch nicht im Elend ungelommen ist, das ist das Verdienst der Gewerkschaften. Und die Hilfe würde eine größere sein, wenn die leidende Menschheit von ihrer geistigen Krankheit, die in der bestialischen Kriegsstimmung ihre Ursache hat, befreit würde.

Es gilt, nicht nur in blinder Wut einzutreten, sondern auch aufzubauen. Auf einem Trümmerhaufen kann keine Gesellschaft errichtet werden. Die Gewerkschaften sind seit der Vorkriegszeit auf das vierfache gestiegen, die freien Gewerkschaften mit Einschluß der Aja-Organisationen von 2½ auf 10 Millionen. Nicht nur die Arbeiter im engeren Sinne, auch die sogenannten Kopfarbeiter, die kaufmännischen und technischen Angestellten sind in großer Zahl organisiert. Und noch mehr, die früheren Erben der alten Gesellschaft, die Beamten von Reich, Staat und Kommunen haben sich gegenwärtig in einer Anzahl von weit über 1 Million auf den Boden der modernen Arbeiterbewegung, des Sozialismus, gestellt. Und auch weit über diese Grenzen hinaus ist der Sozialismus gewachsen. Wenn der christliche Bergarbeiter sich auf der Internationale der Bergarbeiter für die Vollsozialisierung des Bergbaues einsetzt, dann ist das ein sprechender Beweis hierfür. Und wenn auch die nächstliegende Aufgabe der Gewerkschaften die ist, die Menschheit aus den Klauen des Hungers zu befreien, dann wachsen mit den Gewerkschaften auch ihre Ziele. In den wirtschaftlichen Parliamentsräten sehen wir schon das Fundament der neuen Gesellschaft. Die Ausbreitungen für ihre hohen Bestimmungen zu schulen, das ist eine weitere hohe Aufgabe der Gewerkschaften.

Aber wir dürfen nicht alles von der Gesehgebung erwarten. Die besten Gesetze sind Schall und Rauch, wenn die Köpfe nicht sozialisiert sind. Der Sozialismus ist das Genossenschaftsprinzip auf den Staat — oder wie wir auch die neue Gesellschaftsform nennen mögen — übertragen. Die Genossenschaft auf Rechnung der Gesamtheit zentralisiert und durchgeführt, das muß unsere Lösung sein. Wenn einmal die Köpfe der 12 Millionen Gewerkschaftler aller Richtungen von dem Geist der redlichen Pioniere von Rochdale erfüllt sind, dann ist für eine große Anzahl von Industrien das Problem der Sozialisierung gelöst. Darum gilt es, die Weihnachtsglocken in diesem Sinne auch in die letzten Hütten zu tragen. Nicht in den Sternen, nicht über der Natur thronend, der die Welt erdicht wird, sondern in unserer eigenen Brust. Die Bestie im

Menschen zu lären, den Geist der neuen Zeit, den Geist der Freiheit und Menschlichkeit gilt es zu erwecken. Dann wird Frieden und Glück auf der blutdurchtränkten Erde seinen Einzug halten! Ernst Gajda, Offenbach.

Arbeitslosenstatistik.

Im Monat November hat sich der Arbeitsmarkt unseres Gewerks weiter günstig entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 3638 auf 3100, die der verkürzte Arbeitenden von 12335 auf 7130 gesunken. Insgesamt betrug die Zahl der Arbeitslosen und verkürzte Arbeitenden 10290 = 12,8 Proz., gegen 16273 oder 20,6 Proz. im Vormonat. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen nach männlichen und weiblichen getrennt ergibt für die ersten 3493 = 14,3 Proz., für die letzten 6797 = 12,1 Proz.

Verteilt an der Statistik haben sich insgesamt 192 Bezirksstellen mit 24349 männlichen und 58319 weiblichen Mitgliedern. Arbeitslos waren insgesamt 3100 = 3,9 Proz., und zwar 1928 = 5,7 Prozent männliche und 1177 = 3,1 Proz. weibliche. Keine Bezirksstellen haben 11 Bezirksstellen mit 843 Mitgliedern eingekandt. Und zwar von den durch ihre Nachlässigkeit besonders auffallenden Bezirksstellen Weiskens, Schmalkalden, Pirna, Senf, Elm und Kirchheimbalden sowie ferner Gau 9, Kierweck, Hirtlohn, Solingen und Oberstadt-Neugersdorf. Von Sebnitz war die Bezirksstelle so spät eingegangen, daß sie keine Berücksichtigung mehr finden konnte.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (ein Ort und auf der Stelle befindlich)			Arbeitslose auf je 10 Mitglieder		
	m.	w.	auf.	1919		
				m.	w.	auf.
1919						
November	503	457	1050	2,8	0,9	1,5
Dezember	461	243	1004	2,2	1,2	1,5
1920						
Januar	583	498	1071	2,5	0,9	1,4
Februar	453	267	720	1,9	0,5	0,9
März	295	251	546	1,5	0,5	0,8
April	465	418	883	1,9	0,7	1,1
Mai	657	750	1416	2,5	1,8	1,7
Juni	1098	1491	2474	3,1	2,4	2,8
Juli	1847	2577	4424	4,4	4,2	5,2
August	2115	3065	5180	7,4	4,9	5,9
September	2010	2822	4832	8,5	4,9	5,8
Oktober	1409	2137	3546	6,3	4,4	6,0
November	1383	1777	3160	5,7	3,1	3,9

Ueber den Umfang des verkürzten Arbeitens gibt die nachstehende Tabelle eine summarische Uebersicht:

Branche	Drei Berichts männl.	weibl.	Summe
Buchbinderei	89	143	232
Kartonage	23	115	147
Warenwaren	17	80	97
Insgesamt	129	338	467

Der Geschäftsgang ist hiernach besonders in der Papierwarenbranche erheblich besser geworden. Im allgemeinen ergibt sich aus der Tabelle über Verkürzte Arbeiten, daß sowohl in der Kartonagenindustrie, wie in der Papierwarenindustrie seit September eine ständige Besserung der Konjunktur von Monat zu Monat eingetreten ist, während in der Buchbinderei die Zahl der verkürzte Arbeitenden bis zum Oktober ständig gestiegen ist und erst der November ein Zurückgehen dieser Zahl aufweist. K.

Die Spielkartenindustrie Deutschlands.

Genau wie für die Zigarrenindustrie wurde auch für die Spielkartenindustrie aus Kollegenreisen der Wunsch laut, für diese Branche einen besonderen Reichstaxi zu schaffen. Es wurde daher auch für dies Industriezweig zunächst eine Enquete veranstaltet, aus deren Ergebnis jedoch die gleiche Schlussfolgerung wie bei der Zigarrenindustrie gezogen werden kann.

Hiernach wurden in sieben Orten nur 8 Betriebe ermittelt, von denen in sechs Orten 300 Personen beschäftigt wurden. Auf die einzelnen Orte verteilen sich diese wie folgt:

Ort	Vertrieb	Buchbinder	angeh. Handl.	Verbeiter
Strassburg	1	1	2	15
Halle	1	1	6	3
Köln	1	1	2	3
Mannheim	2	20	16	180
Frankfurt a. M.	1	3	5	25
Wien	1	1	—	4
München	1	1	1	16
Zusammen	8	27	30	243

Von Strassburg wird berichtet, dass man mit dem Betriebe le.nerke Verbindung hat, doch r auch seine näheren Angaben gemacht werden könnten.

Die Organisationsverhältnisse sind sehr gute zu nennen, denn bis auf drei Arbeiterinnen waren alle organisiert. Und zwar 53 männliche und 240 weiblich. Personen im Buchbinderverband, die übrigen in anderen Organisationen.

Zur Zeitlohn wurden 81 männliche und 75 weibliche Personen beschäftigt, während 18 männliche und 143 weibliche im Affidoboth standen.

Die tarifliche Vergütung erfolgte in Frankfurt a. M., Darmstadt und Würzburg mit 45 männlichen und 209 weiblich n Personen nach dem Mes.s.arif der Buchbinder, in Halle nach einem graphischen Tarif und war in Köln ohne Tarif gearbeitet. Von München fehlen die bezügliche Angaben. Hiernach darf man wohl sagen, daß die tarifliche Regelung für die Branche bereits als gelöst zu betrachten ist und nur noch danach zu streben wäre, den Reichstafel der Buchbinder auch in den reichlichen Betrieben zur Anerkennung zu bringen. Die Wochenlöhne schwanken bei den Buchbinder in im Zeitlohn zwischen 185—200 M., im Affidoboth zwischen 288—300 M.; bei den Hilfsarbeitern zwischen 188—288 M., und bei den Arbeiterinnen zwischen 60 bis 178 M., doch sind auch hier die Lohnangaben durch die inzwischen erfolgten weiteren tariflichen Lohnsätze als bereits überholt anzusehen.

Über den Geschäftsgang wird nur von einem kleinen Betriebe berichtet. In diesem wurden in der Friedenszeit circa 60 Personen beschäftigt. Da die Firma jedoch fast ausschließlich auf den Export eingestellt war und dieser jetzt fast völlig darniederliegt, so kann nicht mal der gebührende Teil des früheren Personals beschäftigt werden. Trotzdem sind die Lagerräume überfüllt. Sonst werden die dortigen Arbeitsverhältnisse als völlig einwandfrei bezeichnet. Nur möchten wir zum Schluss noch ausdrücklich wiedergeben, was über die Stellung des Chefs zur Organisationsfrage berichtet wird. Es heißt da:

„Das Personal organisierte sich nach Ausbruch der Revolution im Fabrikarbeiterverband gegen den heftigsten Widerstand der Firma. Der Arbeitgeber will „Herr im Hause“ bleiben und nur mit den Betriebsangehörigen verhandeln. Auf Erörungen trat das ganze Personal wieder aus der Organisation aus, organisierte sich dann später im Christlich graphischen Zentralverband, von dem der Arbeitgeber dann behauptete, dieser sei noch schlimmer als der „rote“ Verband. Auf Erörungen mit Entlassung sind die Arbeiterinnen entweder aus dem Graphischen Zentralverband ausgestreut; die bisher geleisteten Beiträge wurden vom Arbeitgeber erseht.

Unter den geschilderten Umständen dürfte die Einführung eines Reichstafels, wenn ein solcher zustande kommen sollte, großen Schwierigkeiten begegnen.“

Man sollte es kaum für möglich halten, daß in der heutigen Zeit freie Arbeiter sich noch derartiges bieten lassen. mk.

Der Internationale G. werkschaftskongreß. II.

Am zweiten Tage sprach Timmen über „Die Weltlage und die internationale G. werkschaftsbewegung“. Er wies darauf hin, wie zunächst nach Kriegsende die Bourgeoisie sich Kongressen bereit zu sein schien, dann aber sehr bald der Umstich einsetzte und heute in fast allen Ländern die Reaktion wieder das Haupt erhebt, Ungarn ist nur ein Beispiel dafür, und darum sah sich auch die Amsterdamer Internationale veranlaßt, den Postoff gegen Dorob. Ungarn zu erklären. Außerdem wird mit Billigung der Entente in Ungarn weiter versucht, die Arbeiterklasse niederzuhalten. Aber nicht nur in Ungarn, nicht nur in Finnland, sondern überall hat die Bourgeoisie blutige Mache genommen, dort, wo das Proletariat, seine eigenen Kräfte überschätzend und in der irrigen Meinung daß es möglich sei, von heute auf morgen die sozial. Revolution zum Ziele zu führen, die Macht ergriffen hatte. In ganz verzweifelter Lage befindet sich die Arbeiterorganisationen Spaniens, wo jede gewerkschaftliche Neugründung unmöglich gemacht, die Funktionäre in die Gefängnisse geworfen werden und der Terrorismus Sozialismus ist. Wenn auch in den westeuropäischen Ländern

die Arbeiter noch mehr Rechte besitzen, so zeigte sich auch dort das Streben, durch die Gesetzgebung des ureigenste Recht der Arbeiterklasse, das Streikrecht zu rauben. Wenn auch der Achtstundenar. n Washington beschloffen und er international durchgeführt werden soll e, so wird doch jetzt, nachdem d r erste Entwurf der Bourgeoisie überlassen ist, überall dieser Versuch zu sabotieren versucht.

Wie steht die Arbeit erlasse zu dieser internationalen Reaktion? Schon im März 1919 v reingate sich in Amsterdome die Internationale der Transportarbeiter, auch die der Verarbeiter. Petal. e. er ufo sind inzwischen ihrem Beispiel gefolgt und zeigen damit daß wenigstens die Arbeiter nichts mehr vom Krieg wissen und keine Klaf mehr kennen wollen, die sie trennt. In gleicher Weise wurde auch der Internationale Gewerkschaftsbund im August 1919 in Amsterdam wieder aufgerichtet. Sofort wurde protestiert gegen die Blockade Sowjetrusslands und die Sozialisierung der Produktionsmittel verfocht. Während indessen vor dem Kriege die Aufgaben der Gewerkschaften, national wie international, in v. sen. liden auf rein gewerkschaftliche Ziele der Lohnbewegung, Arbeitsverbesserung usw. beschränkt war, muß jetzt die Gewerkschaftsbewegung auch auf internationaler Basis in erster Linie den Widerstand des internationalen Proletariats gegen die kapitalistische Ordnung als solche organisieren. Die Gewerkschaftsbewegung muß es als ihre erste Aufgabe betrachten die Macht der Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion für die neue Gesellschaftsordnung anzuwenden. Dabei muß man sich darüber klar sein, daß die 27 Millionen in der Amsterdamer Internationale organisiert Arbeiter noch nicht alle von der v. wendigkeit dieses großen revolutionären Kampfes überzeugt sind. Sie hierau und auch zu v. ller Erf. willigkeit bereit zu machen, muß die wichtigste Aufgabe sein.

In gleicher Weise ist es bedauerlich, daß die Arbeiter Amerikas wie Auslands durch die Sol un ihrer Führer noch von ihren iberian Massenbrüder n rugehalten werden. Nach Gründung des Bundes habe man wiederholt versucht, mit den russischen Gewerkschaften Fühlung zu bekommen ohne indessen auch nur einen Antwort geschickt worden zu sein. Nur aus den offiziellen Kundgebungen habe man alle die Beschimpfungen entnommen, die die Moskauer über die neue Gewerkschaftsinternationale verbreiten, was jedoch diese nicht abändert habe, als einzige sich fähig zu erweisen. Sowjetrussland wirksame Hilfe zu bieten durch die Proklamierung des Boykotts des Transports und der Herstellung von Kriegsmaterial für Russlands Feinde.

In der darauf einkehenden Diskussion erklärte Grafmann (Deutschland), daß er der von Timmen vorgelegten Resolution vorbehaltlich einiger reaktionärer Forderungen zustimmen könne. Er schiederte kurz die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und bewies durch die Haltung der Gewerkschaften während des Kampfes, daß auch die deutschen Gewerkschaften beargwün haben, welche neuen Aufgaben ihnen die Stunde auferlege. Man müsse sich indessen nicht nur gegen die Reaktion, sondern auch gegen die Putzische von links wenden. Hinsichtlich der Stellung zu den Russen erklärte er, daß inzwischen das Statut der Moskauer Gewerkschaftsinternationale bekanntworden sei und isolierte daß es notwendig wäre, durch Klärung v. an diese Bestimmungen vorzugehen. Die deutsche Delegation schlägt vor, daß sich der Kongreß die Verantwortung zu einem made, die das Bureau des I. G. W. in Brüsselung der Moskauer Angriffe auszusprechen habe.

Vassero (Spanien) bedauerte, daß die Spanier wenig an der aufbauenden Arbeit des I. G. W. mitwirken können weil die schwärzte Reaktion sie daran hindere. Er erwirft ein Bild von den unerhöhten Werten der Regierungsborgane, die jede aufbauende Arbeit der Gewerkschaften gewaltam verhindern.

D'Aragnone (Italien) stellt fest, daß die Gewerkschaftsinternationale heute die Nowendigkeit einstellt, den gewerkschaftlichen mit dem revolutionären Kampfe zu verbinden. Doch ist ihm die Metakritik nicht präzise genug, welcher Art diese Kröfen sein sollen. Was die Haltung gegenüber den Russen angeht so haben sich die Vertreter der Gewerkschaften in Teil Schuld anzusprechen durch ihre falsche Politik während des Krieges. Wenn man auch über Einzelheiten der russischen Revolution verschiedener Meinung sein könne, einig sei man doch darüber, daß dort ein gewaltiges historisches Ereignis sich abgespielt habe, die Sympathie und Solidarität der ganzen Arbeiterklasse verdöhne.

Nach einigen kurzen Bemerkungen der Vertreter Caras, Norwegens und dem Schlußwort Timmens wird die folgende Resolution mit 21.000.000 gegen 2.710.000 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Italiener und Norweger.

Resolution über die Weltlage und die internationale Gewerkschaftsbewegung.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß protestiert mit aller Energie gegen den in der ganzen Welt zutage tretenden offenen oder verschleierte Versuch der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen, die Freiheit und Aktion der Arbeiterorganisationen zu unterbinden.

Er gibt seine Sympathie Ausdruck für alle jene, die in den verschiedenen Ländern unter der Reaktion gelitten haben und noch leiden, spricht allen Arbeitern, die in dem Kampfe gegen den weißen Schrecken in Ungarn und bei der Aktion zur Verbinderung des Transports von Kriegsmaterial für die konterrevolutionären Armeen ihre internationale Pflicht erfüllt haben, seinen Dank aus und erhebt Einspruch gegen den wirtschaftlichen und militärischen Krieg, der noch immer gegen Rußland geführt wird.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt es als eine der wichtigsten Pflichten aller dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörenden Gewerkschaftszentralen und seiner internationalen Berufssekretariate, sowie aller diesen Organisationen angehörenden Arbeiter, mit aller Kraft und allen verfügbaren Mitteln gegen die den Aufstieg, das Leben und die Existenz selbst der Gewerkschaftsbewegung bedrohende Weltreaktion Stellung zu nehmen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Gewerkschaftsbewegung neben ihrer gewöhnlichen Aktion für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, national und international den Kampf führt gegen Kapitalismus und Imperialismus.

Der Kongreß erklärt, daß dieser Kampf sich vor allem zu richten hat gegen den Militarismus in allen seinen Formen.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß die Waffe des Massenstreiks und des internationalen Boykotts von den Gewerkschaften als wirksames und zweckentsprechendes Mittel in ihrem Kampfe gegen die Reaktion und für den Fortschritt anzunehmen ist.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß zu diesem Zwecke die größtmögliche Einheit und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Länder und Berufe unerlässlich ist, er richtet den bringenden Appell an alle angehörenden Gewerkschaftszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, um in einer ununterbrochenen Zusammenarbeit mit dem I. G. W. eine Macht zu formen, mit ihm gemeinsam von diesen Massen Gebrauch zu machen und die Arbeiter aller Länder durch eine resolute tatkraftige Propaganda von der Notwendigkeit zu überzeugen, einen internationalen Kampf zu führen gegen die Weltreaktion, dem Krieg den Krieg zu erklären und für die Verwirklichung einer auf neuen Grundlagern zu errichtenden gesellschaftlichen Ordnung zu kämpfen.

Der dritte Tag wurde vollkommen mit den Kommissionsarbeiten in Anspruch genommen, so daß eine Plenarsitzung nicht stattfinden konnte.

Vor Eintritt in die Tagesordnung am 4. Verhandlungstag gab der Vorsitzende von einem aus dem Ural eingetroffenen Brief von den Ural-Gewerkschaften Kenntnis, in dem diese im Namen von 145.000 organisierten russischen Arbeitern erklären, daß sie die Abwesenheit der Vertretung der russischen Gewerkschaften auf diesem Kongreß bedauern, die von der russischen Regierung verhindert werden, da sie das russische Proletariat überhaupt nicht davon unterrichtet. Sie hoffen indes, daß der Tag nicht fern sei, an dem die russischen Arbeiter wieder zusammen mit der internationalen Arbeiteridat kämpfen könne.

Darauf wurde die folgende Resolution über den Achtstundentag im ersten Teil einstimmig, der letzte Absatz gegen die Stimmen Italiens und Norwegens angenommen:

Der Außerordentliche Gewerkschaftskongreß stellt fest, daß die Internationale Arbeiterkonferenz in Washington einen Entwurf zu einer Uebererkunft betreffend Festsetzung der Arbeitszeit in industriellen Anstalten auf 8 Stunden im Tage und 48 Stunden in der Woche die Richtlinien für die gesetzliche Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgezeichnet hat; daß zwar in einigen Staaten die Arbeiterkürzungssetzung bereits der Kommission von Washington entspricht, daß demgegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Maximierung der Konvention zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden verlegt ist, wieder zu verlängern.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erhebt energischen Protest gegen dieses arbeitserneuernde Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die Anerkennung und Durchföhrung der Washingtoner Bestimmung.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß verpflichtet die angehörenden Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchföhrung der Konvention von Washington zu hindern, mit allen Mitteln



gegenzutreten und fordert sie zu nachhaltiger Unter-
stützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Er-
zielung des Achtstundentages gezwungen sind.

Der Internationale Gewerkschaftsverband erklärt,
daß er eine weitere Umfassung der Streikbewegungen
des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Ge-
werkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung
der Kolpingener Beschlüsse innerhalb der fest-
gesetzten Frist nicht erfolgt ist.

Ein Antrag der Norweger und Italiener, jede
Mitarbeit am Arbeitsamt sofort abzulehnen, wird
gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Gaukonferenz des Gaus II.

Zu der fünften Gaukonferenz des Gaus Ost-
preußen am 28. November waren Vertreter der drei
Zahlstellen und die Einzelmitglieder eingeladen. Als
Belegter erschienen die Kollegen Materne und
Gatzl aus Danzig, Goeßlaff und Walschweit aus
Lissa, Matijewski und Mehl aus Insterburg, Greil
und Holzendorf aus Braunsberg, Subritzki-Warggra-
bowa, Neumann-Staupföner und Fischer-Löben.
Die Krisenverwaltung Königsberg wurde durch Sa-
trzewski, Meyer, Hauptmann, Korff und Plügge ver-
treten.

Verwalter Kohnert begrüßte die Erschienenen
und verwies darauf, daß es nach siebenjähriger Bauzeit
jetzt erst wieder möglich geworden sei, Vertreter des
neuer ausgedehnten Gaus zu gemeinsamer Beratung
beisammeln zu können. Er hoffte, daß die Beratung för-
dernd auf die fernere Agitationsstätigkeit einwirken
müsse. Bedauert wurde von ihm, daß die Orte El-
bing, Allenstein und Marienwerder nicht vertreten
sind. In das Bureau wurden 4 wählbar Kohnert und
Altmann als Verhandlungsleiter, Hauptmann als
Sekretär ihrer und Gatzl als Führer der Redner-
liste. Als Tagesordnung war vorgelesen:

1. Bericht über den Stand der Organisation im
Gau und in den Zahlstellen.
2. Die neue Gaueinteilung.
3. Die zirkelnden Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung.
4. Stellungnahme zu den Beschlüssen des Beirats.
5. Beschlusfassung über die vorliegenden Anträge.
6. Verschiedenes.

Im ersten Punkt der Tagesordnung erstattete
Kohnert den Bericht des Gauvorstandes. Nach
den Krieges- und Revolutionsjahren sind wir zum
ersten Male wieder zusammengekommen. Neue,
immer schwerere Aufgaben harren unser, die die Mit-
hilfe aller Kollegen erfordern. Auch dies nunmehr
zu Ende gehende Jahr brachte den Wünschen und
Hoffnungen des deutschen Volkes in seiner Weise
Erfüllung. Ein harter Friedensvertrag, wie ihn die
Welt noch nie gesehen, geht nun daraus aus, uns
wissenschaftlich und politisch zu vernichten. Nun, wir
werden es tragen müssen. Wahrheit und Recht lassen
sich aber auf die Dauer nicht vergewaltigen. Auch
dieses Friedensvertrages in Mitleidenschaft gezogen.
Größere Teile sind vom Gau abgetrennt; so Posen,
Graudenz, Thorn. Danzig ist zwar freistaat ge-
worden, aber seine Zukunft ist noch ungewiß. Auch
die Kollegen des Westlandes gehören zwar noch zu
uns, aber von hier aus ist ihnen schwer wirksame
Hilfe zu bringen. Redner geht dann zurück bis auf
die ersten Anfänge des Gaus im Jahre 1901, die
damaligen Verhältnisse schildernd. Die geringe Zer-
streuung der Kollegen habe die Agitation unendlich
erschwert. Auch in Orten wie Danzig haben die
denkbar traurigsten Verhältnisse geherrscht. Drei-
mal mußte die dortige Zahlstelle aufgelöst werden.
Lissa ist jetzt als festes Bollwerk der Organisation
anzusprechen und hatte nach dem Kriege nennens-
werte Erfolge. Die Organisation der weiblichen Be-
zugsangehörigen ist besonders schwierig gewesen.
Auch in Königsberg wäre es nicht möglich, die
gewonnenen Mitglieder lange zu halten. In den
kleinen Orten sind bis 1914 keine weiblichen Mit-
glieder vorhanden gewesen. Die früheren Gauleiter
haben sich meistens mit Agitation, Arbeitsnachweise
wenn beschäftigt; doch ist stets eine betriebende Be-
wegung zu bemerken gewesen. Bei Kriegsausbruch hat
der Gau fast alle Mitglieder verloren, was durch den
Einfall der Russen erklärlich ist. Auch 1915 hat alles
drückeligen. An Agitation konnte gar nicht gedacht
werden, da Verbindungen anzuschließen nicht möglich
war. Das Jahr 1916 brachte dann eine wesentliche
Besserung. Da es auch in Königsberg an geeigneten
Kollegen mangelte, mußte der Gauvorstand die ganze
Verwaltung allein mit übernehmen. Redner kam
weiter auf die Gauleiterkonferenzen und die Hera des
Hilfsdienstgesetzes zu sprechen, das für Königsberg
einen erheblichen Aufschwung bedeutete. Durch die
Mithilfe des Bezirksleiters Bruns sind 1918, 1917
und 1918 ein Dutzend Lohnbewegungen mit gutem

Erfolge geführt worden. Mit der Rückkehr der Kol-
legen nach dem Kriegsende konnte ab 1. Januar 1919
die Zahlstelle Königsberg ihre eigene Verwaltung
wählen. Auch die eingegangene Zahlstelle Danzig
wurde neu gegründet. Es habe ein circularer
Aufstieg ein. Die Mitgliederzahlen nahmen stetig
zu und in Marienwerder konnte sogar eine
weitere Zahlstelle errichtet werden, die leider durch
die Unruhm der Verhältnisse nach kurzem Bestehen
wieder eingang. Auch Insterburg zählt mehr
als 30 Mitglieder und hätte längst Zahlstelle sein
können; doch mangelt es hier sehr an geeigneten
Kräften, die die Führung übernehmen könnten. Der
konnte ein Tarif abgeschlossen werden, der den Mit-
gliedern auch heute noch die Zulagen der Buchdrucker
sichert und sie denen nahezu gleichstellt. Es wurde
noch des letzten Verbandstages Erwähnung getan,
der so wenig schöpferische Arbeit geleistet hat.

Materne-Danzig berichtete über die dortige
Zahlstelle. Nach der dritten Gründung im Jahre
1913 betrieb er mit dem Genossen Schmidt lebhaft
Dauagitation mit bestem Erfolge, wenn auch unter
schwierigen Umständen. Auch hier hatte der Krieg
alle leitenden Kollegen in Anspruch genommen, so
daß 1916 die Zahlstelle wieder aufgelöst werden
mußte. Im Mai 1919 wurde dann eine Versamm-
lung aller Berufsangehörigen einberufen und die
Zahlstelle neu gebildet. Ein Lohnabkommen mit der
Zunft brachte nur geringe Verbesserungen. Ein
weiterer Streit mußte nach 14 Tagen abgebrochen
werden. Durch Gründung von Fabrikniederlagen ist
ein Aufschwung zu verzeichnen gewesen. Es gibt
hier etwa 20 Meister, die zusammen nur 5 Ge-
hilfen beschäftigen. Mit diesen ist ein Tarif im
Zuge abzuschließen, der leider heute noch gilt. Der
Tarif mit der Brauereifabrik ist etwas ästhetischer.
Burgzeit ist eine Bewegung im Gange, die erst durch
Arbeitseinführung zum guten Erfolge gebracht wer-
den soll. Die Arbeit häuft sich und alles liegt in
den Händen des Redners, der Pöbelmischling und
gleichzeitiger Agitator ist. Es fehlt an geeigneten Kol-
legen zur Mitarbeit. Dieser Zustand ist unerträglich
und kann nicht mehr lange so anhalten. Dann
wird die Zahlstelle wieder in die Hände der Gau-
verwaltung übergeben müssen.

Goeßlaff-Lissa berichtete, daß der 1919
acht Wochen lang geführte Streit durch die Unzuver-
lässigkeit der Mitglieder unangenehm verlaufen ist. Nach
demselben sind auch nicht alle wieder eingestellt wor-
den. Viele Kollegen sind abgefallen. Nach dem
Kriege hat sich die Mitgliederzahl wieder gehoben,
doch ist noch ein reiches Arbeitsfeld vorhanden. Es
fehlt an Mitarbeitern. Die Löhne sind nahezu die der
Buchdrucker.

Greil-Braunsberg berichtet, daß die
Lohnverhältnisse dort sehr schlecht sind, zahlen doch
einzelne Unternehmer noch 100 bis 120 M. die
Woche.

Matijewski-Insterburg erklärt, daß
dort den Buchbindern die Buchdruckerlöhne gezahlt
werden, nur Ditzel Nachf. zahlt sehr niedrigen Lohn.
Dadurch droht Gefahr, daß die anderen Unternehmer
diesem schlechten Beispiel folgen.

Satrzewski-Königsberg dankt Kohnert
für die der Zahlstelle geleistete Arbeit. Hier jaue
eine Wohnbewegung die andere. Der Vorstand muß
immer die Mitglieder hierzu drängen, statt daß es
umkehrt sei. Es sind 176 Mitglieder organisiert.
Die Löhne betragen 224 bis 230 M., die der Rüd-
gen 100 bis 110 M.

Kohnert führte aus, daß allen Berichten eine
erzehlliche Aufwärtsbewegung zu entnehmen sei.
Der weitere Erfolg muß ein strafferes Zusammen-
gehörigkeitsgefühl und regeres Verbandswesen sein,
damit der Gewerkschaftsarbeit tiefere Wurzel fass-
licher. Ueber die Massenverhältnisse wurde besonders be-
richtet. Auch hier ist festzustellen, daß die Lokal-
klassen zwar geringe Bestände aufweisen, aber sonst
stabile sind.

Zu Punkt 2 referierte Satrzewski. Wir stehen
vor der Tatsache, daß der Gau II ab 1. Januar
1921 sein Dasein beendet hat. Er soll zum Gau 13
verschmelzen werden mit dem Gauvorort Stettin.
Diese Maßnahme ist vom Verbandsvorstand ange-
ordnet worden, ohne Gau- oder Zahlstellenleitung zu
befragen. Selbst bei der Anwesenheit des Redners
in Berlin anlässlich des Betriebsratskongresses ist
kein Wort darüber gefallen. Fast Tage nach seiner
Rückkehr traf die Mitteilung brieflich hier ein, und
zwar als vollendete Tatsache. Also war die An-
gelegenheit damals schon spruchreif. Was wir jetzt
zu erwarten haben, wissen wir. Anstatt uns die
verlangte Verbesserung zu gewähren, werden wir
noch mehr zurückgeschickt. Wir brauchen hier einen
Mann, der unabhängig vom Unternehmerum
arbeiten kann. Er wird ein ausgebildetes Arbeits-
feld finden. Wir müssen einen angestellten Gau-
leiter für den Osten verlangen, der seinen Wohnsitz
in Königsberg hat.

Materne: Der Betriebsrat des Ostens,
Reiter-Stettin, sah seine Tätigkeit nur darin, dem
Verbandsvorstand dieses Projekt der Gaueinteilung
zu empfehlen, obwohl ihm die hiesigen Verhältnisse
völlig fremd sind. Was wird sich der Gauleiter in
Stettin daraus machen, wenn zu seinen 18 000 (?)
Mitgliedern 500 dazukommen. Uns wird noch
weniger Beachtung geschenkt werden als bisher.
Wenn sich der Gauangestellte heute noch nicht ren-
tiert, so doch später. Wenn wir den Gau erst ren-
tabel haben, dann brauchen wir keinen Angestellten
mehr.

Walschweit bittet auch, die Resolution ver-
schärfend abzuändern.

Plügge empfiehlt, bis der Verbandsvorstand
sich hat eines besseren besinnen lassen, muß auch nach
dem 1. Januar das alte System weitergeführt
werden.

Es wird die abgeänderte Resolution in fol-
gendem Wortlaut von der Konferenz einstimmig
angenommen.

„Die neue Gaueinteilung entspricht in keiner Weise
den berechtigten Ansprüchen des Gaus 2. Durch die
Verlegung der Verwaltung des Gaus 2 nach Stettin
laufen die Mitglieder des Ostens Gefahr, noch weiter
als bisher in den berechtigten Wünschen in bezug auf
tatsächliche Mithilfe von Seiten des Verbandsvorstandes
und der Bezirksleitung vernachlässigt zu werden. Eine
Besserung der Lage der Kollegen und so auch der
Organisation im Osten stehen die Delegierten darin ge-
geben, daß von Seiten des Verbandsvorstandes der
Gau 2 hier im Osten beibehalten wird unter Anstellung
eines Angestellten, dem im Anschluß an diesen Gau
ein begrenztes Arbeitsfeld jenseits des Korridors zu-
gewiesen werden kann.“

Der 5. Gauang legt deshalb auch schärfsten Protest
ein gegen die neue Gaueinteilung, die über die Köpfe
der Mitglieder des Gaus 2 erfolgt ist, insbesondere
gegen das eigenmächtige Handeln des Verbandsvor-
standes, welches die schärfste Zurückweisung von Seiten
der Delegierten erfährt. Auch wird vom Verbandsvor-
stand erwartet, in Zukunft einen kollegialen Ton in
der Schreibweise an die Funktionäre anzuwenden.

Die Delegierten fordern deshalb unbedingt, daß in
Zukunft über weitgehend zu fassende Beschlüsse, wie
z. B. die jetzige Gaueinteilung, stets die Organisations-
vertreter des Ostens vorher befragt werden.“

Die drei Zahlstellen des Gaus bringen folgen-
den Antrag ein: „Der Gauang wolle beschließen, beim
Verbandsvorstand zu beantragen, daß der Gau 2,
der Ost- und Westpreußen einschließlich Danzig um-
fasse, einen Angestellten für dauernd erhält, mit dem
Sitz in Ostpreußen oder Danzig.“

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Zu Punkt 3 hatte Bruns-Breslau zu sagen,
ein Referat zu halten über „Die zirkelnden Tenden-
zen in der Gewerkschaftsbewegung“. Da aber
weder er noch ein Mitsiedler des Verbandsvorstandes
erschieden ist, ein hiesiges Mitglied sich nicht so
früh in diesen Stoff vertiefen konnte, mußte dieser
Punkt ausfallen.

4. Punkt. Satrzewski bittet sich dafür einzu-
setzen, daß für die Vorlage gestimmt wird; als
Gauang erwarten wir die Bewilligung unseres
Antrages. Folgende Resolution wird einstimmig an-
genommen:

„Der 5. Gauang stellt in der Erhaltung der Ge-
werkschaft das sichere Fundament für das Wohl der
Arbeiterklasse. Daher werden die Delegierten sich da-
für einsetzen, daß bei der in der letzten Beiratssitzung
beschlossenen Urabstimmung über Erhöhung der Ver-
bandsbeiträge für die Erhöhung gestimmt wird.“

5. Punkt. Kohnert teilt mit, daß die Gauver-
waltung die Absicht hatte, einen Antrag zur Grün-
dung einer Unterstützungsstelle für den Gau zu
stellen, die sich auf Arbeitslosen, Streik- und Kran-
kenunterstützung erstrecken sollte. Da dieser aber
durch die Vorlage des Verbandsvorstandes zum Teil
nicht mehr erforderlich ist, so wäre nur eine Streik-
und Krankenunterstützung notwendig.

Materne ist auch der Meinung, daß im Falle
eines Streiks niemand mit der Unterstützung aus-
kommen kann. Anstatt Unguns- und Inter-
esseunterstützung hätte die Streikunterstützung
erhöht werden müssen. Er empfiehlt aber, die An-
gelegenheit bis nach der Gauregelung zu vertagen.

Unter „Verschiedenes“ teilt Kohnert mit, daß
der Kreis 12 des Deutschen Buchdruckerbundes im
Dezember seine Generalversammlung abhält. Es
empfiehlt sich, bei dieser Gelegenheit unsere Wünsche
vorzutragen.

Materne betont, daß sich unsere Forderungen
mit den Löhnen der Buchdrucker decken müßten.

Satzewski ersucht den Gauleiter, für den
ganzen Gau die Löhne zu verlangen, die jedenfalls
für Buchdrucker gezahlt werden.

Die nächste Gaukonferenz wird, falls nicht zwin-
gende Gründe einen früheren Zeitpunkt erfordern,
schon Wochen vor dem nächsten Verbandstag statt-

finden. Der Vorsitzende gibt seiner Freude über die Einigkeit bei der heutigen Tagung Ausdruck und bittet diese auch weiterhin zu beobachten, in der Arbeit für die Organisation nicht nachzulassen und die guten Eindrücke mit nach Hause zu nehmen und dort zu verbreiten. Mit einem Hoch auf den Verband schloß die 5. Sektion.

Hauptmann - Köpferberg.

Aus der Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie.

Im Gegensatz zu der in letzter Zeit zum Schanden der Arbeiterklasse sich immer mehr und mehr breitmachenden Beschäftigung in derselben haben wir Betriebsräte der Briefumschlag- und Papierausstattungsindustrie Groß-Verlins uns zu einem Ring gleich dem der Unternehmer zusammenschlossen. Dieses Vorgehen wurde von unserer Kollegenrisikant freudig begrüßt und von der hiesigen Ortsverwaltung aufgeheißt. Unsere Aufgabe soll es sein, durch regelmäßige Zusammenkünfte und auf Grund des Betriebsrätegesetzes gegenseitig zu belehren, alle in diesem Gesetze enthaltenen Rechte für unsere Kollegenheit herauszubohlen, evtl. Mißstände in einzelnen Betrieben aufzudecken und für deren Abhaffung gemeinsam Sorge zu tragen. Auch sonst unsere Forderungen, seien dieselben auf Grund des Tarifs, des Betriebsrätegesetzes oder sonst sozialer Natur, immer einheitlich zu stellen. Hierdurch gehen wir in der Lage zu sein, diesen unseren Forderungen größeren Nachdruck verleihen zu können und den Unternehmern die bis dato beliebte Ausrede: „Ja, wir würden persönlich nichts gegen ihre Forderungen einzuwenden haben und dieselben bewilligen, aber unsere Kollegen werden dieselben ablehnen, und wir möchten nicht gern den Außenseiter spielen“, illusorisch zu machen. Auch soll durch unseren Zusammenschluß vermieden werden, daß einzelne Betriebe in eine Aktion treten, die niemals für die Arbeiterklasse Erfolg haben kann. Denn es ist doch erwiesen, daß durch den lockeren Zusammenschluß der Unternehmer es möglich war, Arbeiten des Betriebes, in dem gestreift wurde, in anderen Betrieben anzufertigen, ohne daß die Kollegenheit etwas davon merkte und somit unbewußt zu Streikbrechern wurde. Dieses soll und muß für die Zukunft vermieden werden.

Aber über diesen Rahmen hinaus soll es auch unsere Aufgabe sein, Rührung mit der gesamten in unserem Berufe tätigen Kollegenheit zu nehmen. Denn der Kampf den die Arbeiterklasse gegen die Unternehmern zu führen hat, erstreckt sich nicht nur auf das örtliche Gebiet, sondern auf alles, was beruflich eng miteinander liiert ist. Es haben wir vor einiger Zeit, als die Arbeitslosigkeit hier am Orte einsetzte und die Unternehmer dieselbe mit Papiermanoeß bearbeiteten — es konnte nachgewiesen werden, daß verschiedene Austräge annulliert worden sind, weil das betreffende Papier nicht auf Lager war — uns an unsere Kollegenheit in den Papierfabriken gewandt mit der Bitte, uns darüber Aufklärung zu kommen zu lassen, ob sie mit Arbeiten überlastet, ob keine Rohstoffe vorhanden oder woran es sonst läge, daß kein Papier erzeugt würde. Alle eingehenden Antworten gingen dahin, daß diesen Kollegen von beruflichem nichts bekannt ist, daß sie selber beruflich arbeiten müßten, daß es verständlich auch schon zu Stilllegung von Betrieben kam, weil keine Aufträge eingingen. Ein Beweis, daß die Unternehmer eine ganz eigenartige Politik treiben, gegen die uns zu wehren unsere Pflicht sein muß.

Wir fordern alle Kollegen der Branche auf, sich unserem Vorgehen anzuschließen und gemeinsam den Kampf gegen das Kapital zu führen. Sind wir auch weit entfernt, so müssen und werden wir doch Mittel und Wege finden, uns gegenseitig verständigen zu können.

Ein kurzer Bericht über die letzte Tagung wäre uns sehr erwünscht, auch evtl. Vorschläge über gegenseitiges Zusammenarbeiten.

Kollegen! Auf zum Kampf gegen alles, was sich der freien Entwicklung der Arbeiterklasse und der sozialen Wirtschaftsbeziehungen entgegenstellt. Wir erheben Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein und haben keine Bezahlung, länger die Mandatentzen zu tragen. Jeder, der mit uns dieser Meinung ist, schreibe sich unserem Vorgehen an. Die Kollegenheit bitten wir, ihre Betriebsräte auf dieses aufmerksam zu machen und diese zu beauftragen, unserem Rufe Folge zu leisten.

Die Betriebsräte sämtlicher Berliner Briefumschlag- und Papierausstattungsfabriken.

S. A. W. Baumgarten,
Berlin N. 81, Hebeamt. 27.

An die Linierer.

Die Berliner Kollegen hatten es übernommen, einen eigenen Liniererklarung für den Verbandlungen am 31. Oktober der Tarifkommission zu überreichen. Derselbe konnte jedoch der kurzen Zeit wegen nicht mehr zur Verhandlung kommen. Der nächste Termin zu welchem wir erneut mit unseren berechtigten Forderungen auftreten können, ist im Juli 1921. Nach Rücksprache mit dem Verbandsvorstand muß bis spätestens 1. März der Tarif sowie das gesamte Material in den Händen der Tarifkommission sein. Es ist bis zu diesem Zeitpunkt noch gewaltige Arbeit zu leisten. Wir Linierer können das unter keinen Umständen allein schaffen, dazu gehört die Mitarbeit der gesamten Kollegenheit. Wir müssen nach einem geordneten Organisationsplan arbeiten. Es wird an alle Gauleiter ein Rundschreiben erlassen mit der Aufforderung, die jeweils größte für Linierer in Frage kommende Stadt des Gaus als Sektionsleitung zu bestimmen. Jede Sektionsleitung hat dann mit sämtlichen für Linierer in Betracht kommenden Orten des Gaus Führung zu nehmen (Ortsvereinsleiter ist Leiter der Sektion; auch können sämtliche Linierer des Gaus als Sektionsleitung wegen ihre Adresse an den Gauleiter, dessen Adresse in der „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 47 vom 14. November bezeichnet ist, einfinden) und Material zu sammeln. Die Adresse jeder Sektionsleitung ist uns sofort einzusenden, damit wir unentgeltlich Fragebogen über das zu sammelnde Material versenden können. Dieses gesammelte Material ist dann an uns im Briefstift einzusenden, damit wir es sichten und einen neuen Tarif aufbauen können. Zu der in Aussicht stehenden Konferenz der Kontobuchbranche werden auch viele Linierer Delegierte entsenden. Jede Sektionsleitung soll einen Delegierten entsenden und ist ein dahingehender Antrag durch die Ortsverwaltung an den Verbandsvorstand zu richten. Haben Städte, z. B. Stuttgart, ein besonderes Interesse an dieser Konferenz wegen der Affordarbeit, dann ist ein dahingehender Antrag ebenfalls an den Verbandsvorstand zu richten. Auf dieser Konferenz werden die Delegierten sämtliche Fragen besprechen und das Brauchbare, den Ernst dann der Tarifkommission überweisen. Es ist viel Arbeit, die viel Mühe kostet, aber sie muß getan werden. Die Hände in den Schoß legen und den anderen die Arbeit zu überlassen, ist nicht angängig. Alle für einen, einer für alle! Das muß von jedem gehalten werden, dann werden wir auch etwas erreichen! — Wir sind mit dem bisherigen Resultat, welches unsere Arbeit mit der Provinz gezeitigt hat, sehr zufrieden, nicht weniger als 18 der größten für uns in Frage kommenden Städte haben sich uns angeschlossen. Durch die Aufstellung unseres Organisationsplans hoffen wir die Kollegenheit restlos zu erfassen.

W e i ß - Berlin.

An die Linierer.

Der Artikel „Linierer erwacht!“ in Nr. 28 der „Buchbinder-Zeitung“ hat erfreulicherweise eine Bewegung hervorgerufen, die man nur mit Freuden begrüßen kann und ich wünschte, daß sie sich weiter und intensiver ausbreitete. Unsere Bewegung ist nicht neu, hatten doch schon vor dem Kriege mehrere Kollegen versucht, unserer Branche die Bedeutung zu verschaffen, die ihr gebührt, leider ohne Erfolg. Mit um so mehr Vertrauen wollen wir diesmal an die Arbeit gehen, um etwas Brauchbares zu schaffen, unseren Kollegen klar vor Augen führen, für was man uns bisher betrachtet, und was wir aus uns heraus, wenn wir nur wollen, schaffen können.

Wie können wir unsere Lage günstiger gestalten? Zunächst müssen wir versuchen, alle Linierer Deutschlands in unserer Organisation kraft zusammenzufassen. Ganzgeben der Linierer in der Provinz, vornehmlich in den Papierfabriken und die nötige Aufführung hineintragen, um so aus ihnen tüchtige Kampfgenossen zu machen. Für bessere Ausbildung der Lehrlinge besorgt zu sein, technisch wie theoretisch, die Vehrzeit allgemein auf drei Jahre festsetzen. Vehrstränkung der Maschinenarbeit und der Hilfsarbeiter auf das notwendige Maß. Bekämpfung der sogenannten Volontäre und Bierwachen-Linierer, welche leider von früheren Kollegen durch ihre Stellung in irgendeiner Liniermaschinenfabrik dazu gezwungen sind, betreiben wenig leistungsfähige Kräfte heranzubilden, Abschaffung der Affordarbeit. Schaffung eines gut ausgearbeiteten Lohn tariffs im Verein mit der Kontobuchbranche, mit besonderer Berücksichtigung eines Spezialzulages für die Linierer, welcher es uns ermöglicht, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zu leben. Ferner erwache ich die Kollegen in ihrem Interesse, mehr Selbstacht hinsichtlich der Behandlung der Maschinen und des Arbeitsmaterials zu üben, wie Pol-

lene C. G. in Frankfurt a. M. in seinem Aufsatz der Nr. 43 der „Buchbinder-Zeitung“ treffend schilderte.

Noch einiges zu der geplanten Konferenz der Kontobuchbranche und Linierer. Niemand als wie die Linierer haben eine derartige Konferenz abgehalten lebhafter begrüßt. Wir Leipziger Kollegen waren der Auffassung, daß diese Angelegenheit von Berlin soweit geregelt sei, um endlich von der Konferenz, von der wir uns so viel versprochen, einen bescheidenen Anfang zu sehen. Leider vermissten wir in dem sehr unklaren Aufruf die persönliche Verantwortung, worauf sich eigentlich die Zentrale in Berlin stützen konnte, und wer für die Aufwendungen entscheidend sollte, welche den Delegierten entstehen. Ganz merktbar fühlte man heraus, daß die Berliner Zentrale in ihrem Vorgehen etwas veräußert hatte, daß sie die Einzigung der Zentralvorstandes und Tarifausstufes veräußert, was sicher nicht die Zustimmung der übrigen Kollegen im Reich gefunden hat. Wir wollen uns doch darüber klar sein, daß ein derartiges Vorgehen ohne Rücksichtnahme mit dem Zentralvorstand eher schädigend als fördernd wirken muß. Eine derartige Veranstaltung muß in Zukunft zeitlich erwogen werden und kann nur im Rahmen der bisher üblichen Formalitäten vor sich gehen, darin sind wir uns einig. Wir schätzen die Arbeit der Zentrale viel zu hoch ein und hätten gewünscht, deren Bemühungen um das Zustandekommen einer Konferenz von besserem Erfolg gekrönt zu sehen.

Wir beauern es daher, daß auch endlich die Kontobucharbeiter sich besonnen haben, daß sie zu dem Entschluß gekommen sind, eine Konferenz im Verein mit den Linierern anzufordern. Beide Branchen gehören — so grundverschieden sie auch in ihrem Aufbau sind — doch eng zusammen. Weder Interessen müssen gemeinsam geführt, durchberaten und verfaßt werden. Eine Kontobucharbeiterbewegung ohne die Linierer wäre unseres Erachtens ein wenig absichtsloses Unternehmen, es wäre aber wohl möglich, daß die Linierer infolge ihrer gegebenen Stellung instand sind, für sich bessere Lohnbedingungen durchzudrücken. Im umgekehrten Verhältnis dürfte es den Kontobucharbeitern schwer gelingen, für sich viel herauszuholen, wie das ja die Lohnbewegungen bisher immer gezeigt haben. Ist so mehr müssen die Linierer befreit sein, bei dieser Bewegung die Initiative zu ergreifen, um gewissermaßen das Kopfstück zu bilden, wie es auch die Wiener Kollegen verstanden haben, sich an die Spitze zu stellen und das mit einem durchschlagenden Erfolg. Darum, Kollegen, erwacht, rüttelt auch den Saumigsten auf und seid darauf bedacht, daß wir vorwärts wollen. Zurüd und Stillstand darf es für uns nicht mehr geben. Wir erwarten, daß die maßgebenden Stellen unentgeltlich zu diesen dringenden Fragen Stellung nehmen, auch geben wir den Wunsch Ausdruck, daß die Berliner Kollegen sich mit dem Zentralvorstand zu verständigen suchen, um nicht den Anschein einer Beschäftigung zu erwecken. Petreß der Delegierten erwarten wir, daß sie sich obenstehende Bedingungen zu einem machen. Sucht die besten Kollegen aus, welche über eine reiche Erfahrung und über Kenntnis aller zu behandelnden Fragen verfügen. Und so rufen wir Leipziger Kollegen Euch nochmals zu: Erwacht zu einmütigem Kampf für unsere Sache.

Die Linierersektion Leipzig.

J. A. P. Berche.

Berlin — Halle.

Vielleicht wäre es symbolisch richtiger, man würde die beiden Worte umstellen und erst Halle nennen. Man trafe damit ohne Frage den Kern der Sache viel besser. Halle wird leider auf lange Zeit hinaus an den schwarzen Tag der deutschen Arbeitbewegung erinnert, an dem eine der mächtigsten Arbeiterparteien ganz elend in Trümmer geschlagen wurde. Was uns heute mit diesen beiden Namen beschäftigt, liegt, sind zwei Verfallungsberichte, die von den beiden Hauptstellen Berlin und Halle eingesandt wurden und es verdienen, daß man sie aus dem Rahmen der sonstigen Berichte heraushebt.

In Berlin haben mehrere Versammlungen stattgefunden, die sich einmal mit einem Bericht des Kollegen Cherny über seine Studienreise nach Rußland befaßten, zum andern aber auch einen Tagesordnungspunkt aufwiesen, der da lautete: „Was hat die Mitgliedschaft der Hauptstelle Berlin dem Verbandsvorstand und der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ zu sagen wegen der in letzter Zeit vorgetragenen Vorempfehlungen in Wort und Schrift gegen die Hauptstellenleitung?“

Die äußere Ursache zu dieser Tagesordnung war der in Nr. 30 der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltene Artikel über den „Berliner Gewerkschafts-

antimus". Es erübrigt sich, nochmals darauf einzugehen. In dem Artikel ist das Verhalten der Berliner Verwaltung zu den gewerkschaftlichen Gesellschäften der Commerzmonate entsprechend der einmütigen Auffassung der Verbandsteilung gewürdigt worden. Als Antwort darauf veröffentlichte die Berliner Verwaltung einen Artikel: „Spitzenunfähigkeit“ in ihrem „Mitteilungsblatt“, nachdem dieser Artikel von der Redaktion abgelehnt und diese Ablehnung vom Verbandsauschuss genehmigt worden war. Dieser Gegenartikel befaßt sich so gut wie gar nicht mit dem Artikel der „Buchbinder-Zeitung“; er wendet sich in der denkbar persönlichsten Art gegen den vermuteten Verfasser, den ersten Verbandsvorsitzenden. Er lieft schon Endes darauf hinaus, den Boden für die ganz links orientierten Ideen der Berliner Verwaltung zu festigen. Durch die Behandlung der Frage in einer Mitgliederversammlung sollte der gleiche Zweck erreicht werden, und wahrscheinlich deshalb wurde auch der Bericht des Kollegen Czerny über seine Aufstrebende vorhergenommen, da dessen rolenroes Stimmungsbild erst den geeigneten Resonanzboden schuf. Ob die Berliner Verwaltung mit dieser Achtung auf ihre Kosten gekommen ist, wagen wir zu bezweifeln. Wichtig ist freilich, daß sie die drei satzungsfundenen Versammlungen auf ihrer Seite hatte. Unter den heurigen Verbänden ist das auch kaum anders möglich, nachdem der Großteil der Berliner Mitglieder den Versammlungen ostentativ fernbleibt, weil dort vorwiegend sogenannte „revolutionäre Propaganda“ getrieben wird, die sich an unklare, starken Worten ergötzt und sich um die realen Tatsachen — weil nicht immer ganz annehmbar — herzlich wenig kümmert. So war es auch diesmal: Zur Czerny-Versammlung mögen 100 Mitglieder anwesend gewesen sein, die aus Interesse am Thema erschienen waren. Ob jeder zu gläubig genug war, die Ausführungen des Referenten als blankes Spiegelbild russischer Verhältnisse hinauszuhören ist eine Sache für sich. Auch unter den Berliner Mitgliedern befinden sich solche mit kritischem Sinn, die nicht alles unbedenken glauben, was ihnen gesagt wird. Daß diese in den Berliner Versammlungen nicht aufkommen können, liegt am Willen, das dort vorherrscht. Kennzeichnend hierfür ist, daß sich bei Abstimmungen fast immer ein ganz erheblicher Teil der Stimme enthält. So kommen dann Beschlüsse zustande, die zwar als Willensausdruck der Versammlung gelten, velleicht gar als Willensausdruck der Berliner Mitglieder hergestellt werden, die aber in Wirklichkeit von noch nicht in einem Prozent der Berliner Mitglieder gefaßt worden sind.

War also die Czerny-Versammlung noch leidlich besuch, dann entsprechend anders die Fortsetzungen dieser Versammlung die sich mit dem oben zitierten zweiten Tagesordnungspunkt beschäftigten. In der ersten dieser beiden mögen circa 250 Personen dem Ruf der Verwaltung gefolgt sein, von einem Mitgliederabend von über 16000! Die Zahl schwanz bald auf höchstens 150 zusammen und die zweite Fortsetzung, an der die Verwaltung und der „revolutionäre Aktionsausschuss“ eine intensive Propaganda entfaltet hatten, brachte es auch nur auf höchstens 400 Besucher, die auch bald merklich zusammenschmolzen und in dem Riesensaal der „Neuen Welt“ sich völlig verlorien. Bemerkenswert ist hierbei, daß auch die Generalversammlung trotz des Delegierten-systems nur von circa 250 Personen besucht war, bei circa 900 Delegierten! Aber auch hier das gleiche Bild wie immer: Mangelnder Ansehen der eigenen Gesinnungsfreunde, Niederfahren über der Gegner und bei Abstimmungen auffallend schwache Beteiligung. Auf die Versammlungen selbst einzugehen, lohnt nicht. Sie boten das, was bei der Form des gestellten Themas und von der einseitigen Orientierung zu erwarten war. Und es hätte wahrlich nicht der nun wiederholte ausgesprochenen Drohung des Berliner Bevollmächtigten bedurfte, die Demonstration der arbeitlosen Mitglieder in der Ardenstraße zu veranlassen, um Stimmung zu machen. Wir schäben — trotz allem — auch unsere Berliner Mitglieder noch immer so ein, daß sie eine Politik der Härte, der rohen Gewalt, nicht mitmachen, sondern auch dessen Meinung achten, der anderer Anschauung ist als sie selbst; wobei noch zu beachten bleibt, daß die Gewalt der Härte nicht das rechte Mittel sein kann, seinem lieben Mitmenschen eine andere Bestimmung beizubringen.

Nach ohne Interesse ist es festzuhalten, daß am gleichen Tage an dem die letzte Versammlung stattfand, eine besondere Versammlung eines Teiles der auf gewerkschaftlichen Boden stehenden Mitglieder der Zählstelle Berlin stattfand, die mindestens ebenso stark besucht war als die von der Ortsverwaltung einberufene und die dagegen protestierte, daß die Zählstelle zu einer Filiale der Postkauer Internationale gemacht wird. Diese Versammlung forderte die Selbstständigkeit unserer Gewerkschaften

und deren Unabhängigkeit von jeder politischen Partei. Alle Festsetzungen, unsere Organisation von den übrigen freien Gewerkschaften abzutrennen, müssen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abgewiesen werden, und der Ortsverwaltung Berlin, die diese Bestrebungen unterstützt und fördert, so auch die Versammlung ihr schärfstes Mißtrauen aus.

So steht die Mehrheit aus, und das alles muß bei der Forderung des folgenden Veramtungsberichts resp. der Resolutionen beachtet werden.

Berlin. In einer überfüllten öffentlichen Mitgliederversammlung vom 24. November, in welcher Kollege Czerny als Mitglied der Studienkommission, die im Auftrag der Berliner Gewerkschaftskommission nach Ausland gegangen war, Bericht erstattete, wurde nach längerer Diskussion folgende Resolution nahezu einstimmig angenommen:

„Die am 24. November zahlreich versammelten Mitglieder der Zählstelle Berlin nehmen mit Genugtuung Kenntnis von der Aufforderung der Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Internationale zu dem Zweck des Zusammenwirkens einer mächtigen revolutionären Klassenorganisation, die den endgültigen Sieg der sozialistischen Revolution vorbereiten soll. Die Versammelten haben sich der Überzeugung, daß die Arbeiter-Internationale ihrem Programm und ihrer Tatkraft nach, die in dem Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft die Hoffnung auf einen friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus der Arbeiterschaft vorzuziehen, nicht fähig ist, den oben genannten Prinzipien gemäß den proletarischen Massen in allen Ländern zum Siege zu verhelfen.

Die Versammelten verpflichten sich daher, in den deutschen Gewerkschaften die Beschickung der Konferenz zur Gründung einer neuen gewerkschaftlichen Internationale auf das Eifrigste zu unterstützen.“

In zwei weiteren öffentlichen Mitglieder- versammlungen, der ersten am 24. November im großen Saal des Gewerkschaftshauses und der folgenden am 2. Dezember im großen Saal der „Neuen Welt“, beschäftigte sich die Mitglieder der Zählstelle Berlin mit der Tagesordnung: „Was hat die Mitgliedschaft der Zählstelle Berlin dem Verbandsvorstand und der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ zu sagen wegen der in letzter Zeit vorgekommenen Anrempelungen in Wort und Schrift gegen die Zählstellenleitung?“ Der Verbandsvorstand und die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ waren besonders eingeladen und auch, außer dem Kollegen Brüdner, vollständig erschienen. Nach einer ausführlichen Diskussion wurden gegen wenige, etwa 20, Stimmen folgende Resolutionen angenommen:

„Die Mitgliederversammlungen vom 26. November und 2. Dezember beurteilen auf das Schärfste die Anrempelungen des Verbandsvorstandes und der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ auf die Mitgliedschaft der Zählstelle Berlin und deren Leitung.

Die Mitgliedschaft weist den Artikel „Berliner Gewerkschaftsleiter antimus“ als ungebührlich und organisationalsschädigend entschieden zurück. Sie hält den Artikel „Spitzenunfähigkeit“ als Entgegnung für die richtige und verlangt von der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ und dem Verbandsauschuss dessen Aufnahme auch in die „Buchbinder-Zeitung“.

Die Versammelten erkennen, daß die nicht glückliche Lohnbewegung Ende August, die das ungenügende Einkommen der Lohnabnehmer betraf, nur zum Vorwand genommen wurde, der schon immer gehaltenen oppositionellen Kollegenchaft einen Schlag zu versetzen und sie für die Schwierigkeiten der Durchführung des Eisenbahner Lohnabkommens verantwortlich zu machen. Die Mitgliedschaft der Zählstelle Berlin erkennt, daß diese letzte Anrempelung in der „Buchbinder-Zeitung“ nur eine Fortsetzung der Unbilligkeit ist, die der Verbandsvorstand seit dem Verbandstag gegenüber der Zählstelle Berlin fährt. Sie protestiert ganz entschieden gegen diese unbilligkeit und mit zurecht Maß messende Vorwürfe des Verbandsvorstandes. Es ist dies eine Verletzung der Rechte der Mitglieder durch unsere obersten Instanzen die entschieden zurückzuweisen und in Zukunft unzulässig gemacht werden müssen. Die Versammelten erklären, kein Vertrauen zu diesem Verbandsvorstand zu haben und verlangen die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages.“

Mit demselben Stimmenverhältnis wurde den Forderungen, welche die Mitgliedschaft der Zählstelle Stuttgart des Deutschen Metallarbeiterverbandes an ihren Hauptvorstand richtet, beigetreten und unsererseits mit Genehmigung der weiteren Forderung: „sofortiger Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft“ von unseiner Verbandsvorstand die Vertretung dieser Punkte in der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gefordert.

- Die Fassung der mitrazalen unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse und der konterrevolutionären Zustände in politischer Beziehung läßt die Mitgliedschaft der Zählstelle Berlin folgende Forderung erheben:
1. Sofortiger Austritt aus der Zentral-Arbeitsgemeinschaft.
 2. gegen den Widerstand und für die Herabsetzung der Preise der täglichen Bedarfsgegenstände.
 3. für die Aufnahme der vollen Produktion und Anpaßung der Entwässerungsunterstützung an die Bedürfnisse der in Arbeit stehenden auf Kosten der Arbeitgeber.

4. für die Befreiung des Steuerabzugs, aber Einziehung der Vermögens- und großen Vermögen.
5. für die Kontrolle der Rohstoffgewinnung der Arbeiter über die Konsumitengewinnung und -verteilung durch die Betriebsräte, Gewerkschaften und Genossenschaften.
6. Einweisung der Organe und Bewaffung der Arbeiter unter Kontrolle der Gewerkschaften.“

Es liegt nun bei der Mitgliedschaft aller Orte und Zählstellen, sich mit diesen Resolutionen zu beschäftigen, in Versammlungen dazu Stellung zu nehmen und unsere Forderungen, welche die Verbesserungen der Entlohnungen und kämpfenden Arbeiterschaft sind, beim Verbandsvorstand zu unterstützen.

Aus Halle erhalten wir folgenden Bericht:

Unsere Mitgliederversammlung fand am 16. November statt. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung war dieselbe recht gut besucht, sie verlief zeitweilig recht hürrnisch. Hauptächlich beim 2. Punkt der Tagesordnung „Bericht von der Verbandsversammlung“, den Kollege Müller gab, kam der ganze Unmut zum Ausbruch. Zu einer Erhöhung der Beiträge unter den jetzigen Umständen sind wohl nur ganz wenige Kollegen und Kolleginnen bereit. Beifällig wurde nur der Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft angenommen. Der vom Beirat angenommenen Resolution über die Berichtigungstendenzen in der Gewerkschaftsbewegung“ wurde folgende Entscheidung entgegengesetzt und bei einigen Stimmenthaltungen angenommen:

„Die am 16. November tagende Mitglieder- versammlung beurteilt auf das Schärfste den aus der Arbeit in die „Buchbinder-Zeitung“ übernommenen Artikel: „Die Gewerkschaftsbewegung in Gefahr“. Es ist gewissenlose Verleumdung, zu behaupten, die Halleische Arbeiterchaft zerfällt in Kampforganisationen sollen die Gewerkschaften angefaßt werden, denn daß es welche sind ist ja höher auch vom Vorstand noch nicht bewiesen worden. Wahnsinnige Spaltungsaufträge sind diejenen, die mit Wille, wie dem oben genannten, häuften geben und dadurch den Feind in die Arbeiterbewegung treiben.

Auf diese entliche wird gegen die von ein paar Vertrauensmännern angenommenen Entschlüsse Stellung genommen. Die Halleische Kollegenchaft läßt sich keine politische Stellungnahme vornehmen und läßt sich auch viel weniger als hinterhältig betreiben. Sie wird eventuelle Maßnahmen des Hauptvorstandes entgegenzutreten wissen.“

Damit ist gleichzeitig die Stellungnahme der Kollegenchaft zur 3. Internationale in zustimmendem Sinne erledigt.

Nachdem dann der Bericht über die Jugendkonferenz in Wittenberg gegeben war, gingen beim 5. Punkt die Wagen wieder recht hoch. Der Verlauf der Diskussion ist in der nachfolgenden einstimmig angenommenen Entschlüsse zum Ausdruck gebracht:

„Die am 16. November tagende Mitglieder- versammlung beurteilt die Bestimmung des Verbandsvorstandes bei dem Tarifabschluß. Die Mitglieder hätten erwartet, daß der Verbandsvorstand auf jeden Fall mit den anderen gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsam verhandelt hätte. Das Verhalten des Verbandsvorstandes erweist den Aufsehn als wollte man das Zustandekommen des Stahlhütten Industrieverbandes mit allen Mitteln verhindern. Es beruht für ein Gelingen unseres Verbandes ist das auf keinen Fall. Das Lohnabkommen ist ein Schicksal, das das Gesicht unserer jüngeren Kollegen und Kolleginnen. Die Gehaltsüberhöhung der Angestellten steht in keinem Verhältnis zum Reichslohn und ist als unerschämte zu bezeichnen.“

Eine Vertrauensmännerversammlung soll über weitere Maßnahmen beschließen. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Zu diesem Versammlungsbericht, dessen Form für sich selbst spricht, wollen wir bemerken, daß es gerade unser Verbandsvorstand ist, der mit allen Mitteln und allem Nachdruck für das Zustandekommen des Stahlhütten Industrieverbandes eintritt, und daß Vorwürfe in dieser Sache an eine solche Adresse gerichtet werden.

Berichte.

Wormen-Oberfeld. In Nr. 48 haben wir in einem Versammlungsbericht mitgeteilt, daß die Kollegenchaft des Berliner Lohnabkommens einstimmig abgelehnt und Anträge gestellt hat, die durch die Vertrauensleute in den einzelnen Betrieben vorerlegt und über die verhandelt werden sollte. Eine solche Verhandlung fand dann auch am 16. November mit dem Arbeitgeberverband statt mit dem Ergebnis, daß die Arbeiter nun bereit waren die vollen in Berlin beschlossenen monatlichen Zulagen zu bezahlen und von dem Abzug der drei Viertel Abhand zu nehmen. Außerdem wollte man den gelösten Buchbindern, soweit sie verheiratet sind über 24 Jahre alt sind, eine wöchentliche Zulage von 3 Mk. gewähren. Die Arbeitnehmervertreter erklärten, daß die dieses Angebot als nicht weitgehend genug ansehen und es den Mitgliedern unterbreiten,

aber nicht empfehlen können. Inzwischen war das Ergebnis für die Buchbinder herausgekommen, das bedeutend mehr oberhalb hatte und durch einen örtlichen Streik in den Zeitungsdruckereien insgesamt eine Lohnerhöhung von 41 M. brachte. Eine am 18. November stattgefundene allg. meine außerordentlich stark besuchte und fröhliche Versammlung unserer Kollegen lehnte wiederum einstimmig das neue Angebot der Arbeitgeber ab. Die Buchbinder verlangten Gleichstellung mit den Buchdruckern. Auch die Kolleginnen zeigten sich außerordentlich unzufrieden und es wurde beschlossen, daß die Vertrauensleute in allen Betrieben dringende Vorstellungen erheben sollten. In den Buchdruckereien, Buchbinderereien und Geschäftsbuchdruckereien kam es infolgedessen am 19. November zum Streik. Inzwischen hatte sich in den Steindruckereien ein Streik der Stein-drucker abgespielt, in dessen weiterer Folge auch unsere Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten waren. Diese hatte zu dem Ergebnis geführt, daß die Buchbinder in Bezug auf den Tariflohn den Steindruckern gleichgestellt wurden und somit die verarbeiteten auf 280 M. und die ledigen auf 265 M. Wochenlohn kamen. Der am 19. November ausgebrochene Buchbinderstreik wurde von den Arbeitgebern als Tarifbruch erklärt und vom „Api“ Herr Dr. Feldgen ins Wertportal geschickt. Die außerordentlich bedenkliche Situation veranlaßte den Verbandsvorstand, den Kollegen Wienke hierher zu beordern, um möglichst durch Verhandlungen den Streik beizulegen. Es kam dann am gleichen Abend noch zu einer Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband, in welchem dieser die Bedingung stellte, daß erst die Arbeit aufgenommen werden müsse, bevor neue Verhandlungen aufgenommen würden. Die darauf stattgefundene Versammlung der Streikenden beschloß nach längerer teilweise erregter Debatte mit sehr knapper Mehrheit die Arbeit am folgenden Tage wieder aufzunehmen. Die am 20. November stattgefundene Verhandlung mit dem „Api“ hatte dann ein Ergebnis, das die Buchbinderarbeiter, soweit es gelehrte Buchbinder sind, einigermaßen zufriedenstellend, wenigstens auch die angeleitete Gleichstellung mit den Buchdruckern leider noch nicht erreicht wurde. Weniger zufrieden sind die Buchbinderarbeiterinnen, namentlich die jüngeren. Am unzufriedensten ist das Personal in den Briefumschlag- und Papierwarenfabriken, da dieses sich lediglich mit 8 Sätzen des Berliner Abkommens abfinden mußte. Die kapitalträchtigen Firmen haben die größten Lasten von sich auf die Buchbinder abgewälzt. Es hat dies sehr unangenehm gewirkt und ist es in der Fa. Paulmann u. Kellermann auch noch zu einem Teilaustritt der Arbeiterinnen gekommen, der zwar durch Verhandlungen wieder beigelegt wurde, aber dessen Ursachen leider noch nicht beseitigt worden sind.

Berlin. Die am 1. Dezember tagende Versammlung der Altkun-, Mappen-, Galanterie- und Holzrahmen-Branche beschäftigte sich mit der Verbandsvorlage betr. Vertragsserhöhung. Will erhaltete den Bericht. In der Diskussion wurde scharf kritisiert. Die allgemeine Auffassung ging dahin, daß die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung wohl zu begrüßen ist, doch müßte für Berlin eine weitere Vertragsserhöhung vermieden werden und einer solchen erst eine allgemeine Lohnerhöhung auf der Grundlage des Existenzminimums vorausgehen. Bei der Gehaltsregulierung für die Beamten wurde in erster Linie die Klassifizierung und der traffe Unterschied der Gehälter zwischen den Rängen der in Arbeit stehenden Mitglieder demängelt. Des weiteren wurden die beiden Resolutionen der Verbandsversammlung besprochen. Es wurde ausgemacht, daß man einer Beteiligung in den Gewerkschaften am besten begreifen könne, wenn die leitenden Personen und Spitzen der Gewerkschaften mehr dem Willensausdruck der Mitglieder Rechnung tragen würden und nicht dauernd die Kraftentfaltung zu großen Aktionen zu behindern suchen. Weiter machte der Vorsitzende die Mitteilung von der Kündigung des Lohnabkommens im Reichsarbeitsvertrag der Lebensmittelindustrie. Die neue Forderung zur Erhöhung der Löhne auf das Sechsfache des Verdienstes von 1914, gleich einem Stundenlohn von 7,15 M. für männliche und 4,40 M. für weibliche, wurde einstimmig angenommen. Für die Holzrahmenbranche ist ebenfalls ein Feuerwerkszulag gefordert worden, für alle Arbeiter und Arbeiterinnen 25 Proz. auf alle bestehenden Löhne. Für diese Branche stehen in den nächsten Tagen Verhandlungen in Aussicht. Leider schlägt diese Branche durch schlechten Versammlungsbesuch. Dann wurde auf die Pre-Druckerei-Kommission hingewiesen und speziell die Arbeitgeber der beiden Branchen um regere Inanspruchnahme dieser Einrichtung ersucht. Die Branchenleitung steht sich weiter genötigt, die Kollegen der Firma Blau der Öffentlichkeit preiszugeben. Diese ließen sich durch und die Preise regulieren, ziehen nun den Nutzen, weigern sich aber, der Organisation beizutreten. Bis auf zwei organisierte Kollegen, die auffallenderweise entlassen wurden.

Einer der letzteren wurde auf Grund von Verhandlungen wieder eingestellt. Die Namen der unorganisierten Kollegen sind Schjeldt, Rühlich, Grau, Schwabe.

Chemnitz. In einer am 20. November statt besuchten Versammlung der Eis- und Martonagen-Branche erstattete Pflüger Bericht über die Verhandlungen in Würzburg. In der Ausschau wurde das Abkommen einer scharfen Kritik unterzogen und als ungenügend bezeichnet. Chemnitz ist eine der teuersten Städte, was schon daraus hervorgeht, daß andere Industriezweige weit über unseren Löhnen stehen. Wo herrschend ist die Metall- und Textilbranche, und richten sich auch die Lebensmittelpreise nach diesen. Es wurde eine Resolution eingebracht und die Ortsverwaltung beauftragt, mit den Unternehmern in örtliche Verhandlungen zu treten und 25 Proz. auf die bestehenden Löhne ab 12. November zu fordern. Bei Ablehnung sollte die Kollegenchaft in einer weiteren Versammlung Stellung dazu nehmen. Am 30. November fanden die Verhandlungen mit den Unternehmern statt und erklärten diese, sie können sich nicht außerhalb des Tarifs stellen, trotzdem wollten sie, durch die Ansprache veranlaßt, in einer Vollversammlung Stellung nehmen und uns bis 6. Dezember Antwort zugehen lassen. Am gleichen Abend fand eine Versammlung statt und nahm die Antwort der Unternehmern entgegen, die dahin lautet, die Angelegenheit dem Tarifamt zu übergeben. Die Ausschau war eine rege und lief darauf hinaus, den Lohnsatz des Reichsarbeits bei Seite zu schieben, um den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Auch ideell sich die Kollegenchaft nicht das letzte Mittel, den Streik, auch über den Kopf der Verbandsleitung in Anwendung zu bringen. Nicht Liebermut, sondern die bittere Not treibt sie dazu. Von verschiedenen Rednern wurde der tarifliche Instanzenweg bevorzugen und darauf hingewiesen, diese Wege zu gehen, ehe es zum Streik kommen sollte. Erst dann, wenn alle Mittel erschöpft sind, haben die Unternehmern die Verantwortung zu tragen. Ein Antrag, die Angelegenheit dem Tarifamt zur schnellsten Entscheidung mit der Forderung von 25 Proz. ab 12. November zu übergeben, wurde mit Mehrheit nach zweimaliger Abstimmung angenommen.

Leipzig. Am 30. November fand die Vierteljahrsversammlung der hiesigen Zählstelle statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgte die übliche Sitzung der im vergangenen Quartal verstorbenen Mitglieder. Das vorangehende Quartal stand im Zeichen großer Arbeitslosigkeit. Beim vorläufigen Arbeitsnachweis waren 24 weibliche und 168 männliche Arbeitslose gemeldet. Dazu kamen noch aus 52 Petrieken 775 männliche und 1120 weibliche unterstützungsberechtigte Kurzarbeiter. Das sind Erdbeimänner, die wohl in einer anderen Stadt in unserem Bezirk zu verzeichnen sind. Die Tätigkeit der Verwaltung war stark beeinträchtigt durch Verhandlungen infolge des Schiedsgerichts vom 19. Juli. War in der Mittelberhebung selber ein stetes Aufwärts, so ist im vergangenen Quartal ein Verlust von 860 Mitgliedern zu konstatieren, und zwar bis auf einige männliche, lediglich weibliche Mitglieder. Dieser Verlust ist hauptsächlich auf ein Uebergehen in andere Bezirke zurückzuführen, ebenso auf die Abmeldung nach § 7. hervorgerufen durch die Fernbildungsverordnung. Auch in den sogenannten Weberbränden sind die Verhältnisse in Bezug auf den Beschäftigungsgrad fast die gleichen wie in der Mutterbranche. In der Martonagen- und Briefumschlagbranche z. B. sind ganze Betriebe stillgelegt gewesen. Während in diesen Branchen der Geschäftsaufgang jetzt ein guter ist, leidet die Eis- und Metallbranche immer noch an Arbeitsmangel. An dem von Walter gezeichneten Kassenbericht ist bemerkenswert die um 60 000 M. geringere Einnahme als im 2. Quartal.

In der Diskussion kamen lebhaft Fragen solcher Natur zum Austrag. Den Bericht von der Verbandsversammlung erstattete Schöbker. Mit Rücksicht auf den in der „Buchbinder-Zeitung“ erschienenen Bericht, aus welchem auch die Stellung der Leipziger Verbandsmitglieder zu erkennen ist, erörterte sich an dieser Stelle ein Einachen auf die Ausführungen Schöbkers. In der Diskussion bedauerte Birke ganz besonders, daß die Vertreter sowie die Unterfunktionen nicht schon vor Jahresfrist eine Erhöhung erfahren hätten. Die Annahme der neuen die Organisationsperspektiver gerichteten Resolution hatte bei ihm ganz besondere Zufriedenheit hervorgebracht. Er verteilte ferner mit großer Verbe den Neutralitätsbedanken der Gewerkschaften. Gegen die Gewerkschaftsangelegenheiten will er die Duldsamkeit soweit ausgedehnt wissen, daß bei der Beurteilung lediglich die tatsächliche Tätigkeit machend sein solle, unbeschadet, welcher politischen Partei der Kollege zugehöre. Von dem nachfolgenden Rednern, insbesondere von Tschheim, wurde ihm jedoch die von der Versammlung mit Beifall angenommene Antwort gutgehe. In

seinem Schlußwort ging Schöbker auf die gemachten Einwendungen ein und forderte auf, trotzdem die Verbandsversammlung nicht dem Willensausdruck der Leipziger Kollegenchaft gerecht geworden sei, speziell in der Arbeitslosenunterstützung, eine rege Propaganda zugunsten der Verbandsvorlage zu entfalten. Das gleiche geschah von Seite der Antrag, die Verbandsversammlung des Jahres mit der Verbandsliste usw. fand nach Schließung der Beschlüsse des Nachher ins durch Gehe und kurzer Aussprache dadurch keine Erörterung, daß dem Antrage gemäß einstimmig beschlossen wurde. Mit einem Appell besonders an die Vertrauensleute, bei der bevorstehenden Urabstimmung ihr Bestes für die Verbandsvorlage einzusetzen, schloß Tschheim die mäßig besuchte Versammlung.

Magdeburg. Eine am 8. Dezember tagende gut besuchte Versammlung der Buchbinder und Papierverarbeiter nahm Stellung zu den Vorgängen in Berlin. Luther gestellte das Treiben unserer kommunistischen Mitglieder und konnte an der Hand von Beispielen den Anwesenden ein Bild entrollen, wovon der Weg führt, wenn wir den Anhängern der Moskauer Richtung Gehorschaft leisten. Vor Jahresfrist schon hatten auch die Magdeburger Mitglieder Gelegenheit, eine Propaganda eines Berliner Kollegen zu hören, der unter dem Deckmantel „Graphischer Klub“ versuchte, für seine Parteianhänger Stimmung zu machen. Durch die Moskauer Diskurs sind die Gewerkschaften geztrennt, Gegenstellung zu nehmen, damit eine Periplitterung nicht eintritt. In der ausgiebigen Debatte, an welcher sich die Kollegen Wahnke, Beding Kinder und Erbecker beteiligten, wurde zum Ausdruck gebracht, daß nur eine geschlossene Einigkeit in den Gewerkschaften in der Lage sei, die Erntungsarbeiten der Resolution zu erhalten und auszuführen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Vorgängen in der Berliner Zählstelle. Sie ist nicht gewillt, die durch langjährige mühselige Arbeit aufgebauten Gewerkschaften durch Leute zersammern zu lassen, die es nicht erhitlich mit der Arbeit erhitlich meinen können. Die Kollegenchaft lehnt nach wie vor die politischen Parteigründe und damit auch den Graphischen Klub ab und stellt sich auf den Boden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.“

Der Vorsitzende der dort hierauf über die Teuerungszulagen, die durch das Api-Abkommen in zwei Betrieben Anwendung finden. Sie wurden scharf kritisiert und die Erwartung ausgesprochen, daß baldige neue Verhandlungen zu einem ganz anderen Resultat führen müßten, da der größte Teil der Beschäftigten leer ausgeht. Besondere wurde die Lage der Schriftsetzer, die von Bund D.M. es zum zweiten Male verstanden hat, um eine Lohnerhöhung heranzuführen. In den Druckereien ist durch Eingreifen der Ortsverwaltung anhebend die Zulage erreicht wie bei den Druckern. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß wir gleiche Entlohnung erhalten wie diese.

Zur Urabstimmung ist nur die eine Meinung vertreten, daß, wenn wir die Unterstützungen durchführen wollen, wir auch die Beiträge erhöhen dürfen. Ferner wurde beschlossen, die Erhöhung des Lebenslohnes ab 1. Januar zu beantragen. Die Neuwahl des Vorstands ergab folgendes: 1. Vorsitzender Schreiber, 2. Vorsitzender Wenzel, Schriftführer Walter, Kassierer Dembert und die Kassierinnen Bärde, Reinhardt und Buths. Als Vorstand wurden Kinder und Sell gewählt. Für die Gewerkschaften wurden bewilligt 100 M. für männliche und 75 M. für weibliche Mitglieder aus einer freiwilligen Spende der hiesigen Kollegenchaft. Zum Schluß forderte Weinrichs noch auf, aus den hiesigen Sportvereinen auszureißen und sich den Arbeitervereinigungen anzuschließen.

Literarisches.

M. Dikman: Die Aufgaben der Betriebsräte und die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte. Verlag Volkrecht, Frankfurt a. M., G. Friedberger, Estr. 22. Der Reichskongress der Betriebsräte und im besonderen die Verhandlungen und Beschlüsse über die Aufgaben und die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte sind für die freien Gewerkschaften Deutschlands und die Betriebsräte von größter Bedeutung. Die Gewerkschaften haben daher alle Ursache, der Drohkölbe die weitestgehende Verbreitung zu sichern. Das liegt im Interesse der Gewerkschaften selbst, deren gesunder Weiterentwicklung und Sicherung der gewerkschaftlichen Einheitsfront. Das Referat des Genossen Dikman, sowie die zu dieser Frage vom Reichsbetriebs-

rätelgerecht angenommenen Anträge der Genossen Digmann, Köppl und Vrolat werden im Wortlaut in der Beschlusse herausgegeben. Die 24 Seiten starke Broschüre kostet 60 Pf.

J. Böhmer: Sozialisierung und Arbeiterräte. Preis 1.60 Mk. Verlag Bremer Arbeiterzeitung, Bremen, Mauerstr. 35.

Wie spart man beim Hausbau die Hälfte der Mauerlosten? Der Stempfbau, Deutschlands vollständigste Baumeiße für Wohnhaus- und Friedhöfenbauten. Mit über 100 Abbildungen. Herausgegeben von M. Bauer, Baugewerkschul-Oberlehrer und Kultur-Ingenieur. Preis 9 Mk., geb. 13 Mk. (Porto 60 Pf.). Heimkulturverlagsgesellschaft m. b. H., Wiesbaden.

Keine Verhandlungen über den Reichstarif für die Buchbinderbranche.

Unsere Notiz in der letzten Nummer der „B.-Z.“, in der wir davon Kenntnis gaben, daß für den 14. Dezember neue Verhandlungen mit den „Api“-Verbänden über das Lohnabkommen in Aussicht ständen, müssen wir heute leider dahin ergangen, daß diese Verhandlungen von den „Api“-Verbänden abgelehnt wurden. Der Arbeitgeberverband der Papier verarbeitenden Industrien schreibt unterm 8. Dezember:

„Wir bedauern, Ihnen heute mitteilen zu müssen, daß wir auf Grund unserer Umfrage betr. Revision des Berliner Abkommens vom 30. Oktober in Verbindung mit der Verlängerung des Reichslohntarifes nicht in der Lage sind, neue Verhandlungen im Dezember anzubereiten.“

Die Unternehmer pochen auf ihrem Schein.

Daß das in der jetzigen Situation nicht besonders klug ist, dürfte sich bald zeigen. Die Unruhe und die Unzufriedenheit unter unserer Kollegenschaft wegen des Berliner Abkommens ist in dauerndem Steigen begriffen. Sie kann nicht befänstigt werden durch die schroffe Ablehnung unseres Verlangens, in Verhandlungen einzutreten über offensichtliche Mängel des letzten Abkommens, und wenn es der Störungen in den verschiedenen Orten und Betrieben noch mehr werden, als selber schon, dann fällt die Verantwortung hierfür einzig und allein auf die Unternehmer selbst. Die Leitung des „Api“ stützt sich vor allem darauf, daß ihr aus vielen Orten berichtet sein soll, daß die „Durchführung des Berliner Abkommens sich glatt und reibungslos vollzogen“ habe. Unsere Mitgliederreise haben uns anders berichtet. Hiernach herrscht allenthalben helle Empörung ob des Abkommens, und die vielen entstandenen Streitigkeiten beweisen die Nichtigkeit dieser Berichte. Nunmehr sind neue Verhandlungen bis spätestens zur ersten Januarhälfte beantragt worden.

Richtung, Berlin!

Arbeitslose taubstumme Kollegen, welche laut Protokoll 20 Wochenbeiträge geleistet haben, erhalten Weihnachtsgeldzuschüsse. Auszahlung am 17. Dezember im Lokal von Schwinge, Alexandrinenstr. 56. Siegfried Meyer, Obmann der Taubstummen-Sektion.

Achtung, Cillereer!

In Berlin hat sich die Zentrale der Cillereer-Kommission gebildet und erteilt Auskunft über Obmann H. Ruffel, Berlin-Nickensberg, Hauptstr. 88 I.

Abrechnungen

Dem 3. Quartale gingen bis zum 13. Dezember bei der Verbandskasse noch ein von: Neubamm 1108.50 Mk., Gera 3500 Mk., Saalfeld 573.20 Mk., Herborn 1400 Mk., Solingen-Bald --- Mk., Biesdorf 3000 Mk., Mannheim-Ludwigsbafen 3400 Mk., Freiburg i. S. --- Mk., Glauchau 1850.28 Mk., Gau 14/15 und Lahr i. B. 18000 Mk., Ulm a. D. 661.20 Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von Jilmenau, Weiskensfeld, Lüben-scheid, Kirchheimbolanden, Karburg, Pirmasens und Straubing.

Wir ersuchen die Verwaltungen dieser Zahlstellen dringend, dafür besorgt zu sein, daß die Abrechnungen nun schon längst eingesandt werden. Die Gau- und Bezirksleiter sind verpflichtet, auf die säumigen Zahlstellen ihres Bezirks einzumarken, daß diese sofort ihrer Verpflichtung nachkommen.

Fr. Bender.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Ebersbach-Neugersdorf. B: A. Wagner, Ebersbach i. Sa., Marktstr. 802; K: E. Proß, Neugersdorf, Spreequellenstr. 188. Geißbrunn. Verbandsbureau: Wohlhansstr. 31 pt. Pirmasens. B u. K: H. Lukas, Blücherstr. 1. Ruda. B: R. Keffinger, Köhlergasse 36. K: H. Bauer, Altenweiner Str. 3. Schwölin (S.-A.). B: E. Freund, Ernststr. 14; K: R. Maties, Altenburger Str. 52.

Briefkasten.

Zurückgestellt wurde: Bericht aus Bittenberg.

Perfekter Etuistischer

ebig als Vorarbeiter ev. Werkweiser per sofort oder später gesucht. Off. an Friedrich Dehme, Dresden, Töpferstraße 13.

Seltene Gelegenheit!

In Kleinstadt einz. gutgehende Buchbinderei

mit Buch- und Papierhandlung Kontorutensilien, Luxuswaren, Eintrammgen usw. und schöner Einrichtung sofort zu verkaufen. Zur Übernahme, wie es steht und liegt, sind ca. 30 bis 85 000 Mk. erforderlich. Eventl. kann auch Druckerei für Stadtblatt usw. eingerichtet werden. Schriften vorhanden.

Joh. Koller, Neustädte! Bez. Leipzig.

1 Vergolde - Presse

zu kaufen gesucht. Angebote an H. Hermann Dd., Marktneufkirchen, S.-A.

Buchbinderei

Kompl. eingerichtet. großer Posten Papier und Pappe sofort im ganzen zu verkaufen. Fenzl, Neustädt, Bergstraße 110.

1a reine Lederleimwallerte

ca. 50 Proz. Trockengehalt, völlig geruchlos, liefert äußerst preiswert Chemische Fabrik Otto Schulz, Brandis, Bez. Leipzig

Schlagmetall

Bronze, Gummiarab. etc. lauft ständig G. S. Winkler's Farbenhandlung, Berlin, Reichensberger Str. 120.

Papiergeschäft in Neustädt

gutgehend, gegen bar und Wohnungstausch zum 1. Januar 1921 zu verkaufen. Offerten unter W. 123 an die Expedition dieses Blattes.

Eine ganze Bibliothek für nur neun Mark

erhalten Sie durch das „Wirtschaftliche A. beinmertas hennuch“. Enthält alles, was man trägt Leben rasch wissen muß. z. B. Verfassung, Friedensvertrag, Heerw. n. Finanzen, Steuergesetze Eisenbahnen, A. s. wandern, Unternehmer- und Arbeitneh-erverbände, Wirtschaftssysteme, Parteien, Redekun. t. Massenpsychologie, Sozialtrapp-land, Arbeiter und Angestellte recht, B. ried- räterecht, Soziale Versicherung, Reichwe sor- gungsgesetz, Systeme der Volkswirtschaft, Sozialis-erung, Gewinnbeteiligun., Index- fern, Taylor's em, Schulw. sen, Volkswir- schaftliche Fr. gen, Valuta, Einkommen usw. Preis 9 Mk., beim Volksverlag für Wlr.-chast und Verkehr, Stuttgart, Pflezerstraße 29.

Schneidestifen, weißbuchen, einpf. A. Habel, Wilsdorf, Gehndelstraße 74.

Unterhaltene automatische Papier Schneidemaschine

neueren Systems, möglichst von der Firma Krause, Leipzig, Schnittlänge 70 x 210 Meter, sofort zu kaufen gesucht.

Offerten erbeten an Wth. Wagner & Sohn, G. m. b. H., Andernach.



WIRIL Klebstoffe

sind allen voran glänzende Begutachtungen Lieferanten von Staats- u. städt. Behörden, industriellen Werken u. der Handelswelt.

Proben u. Sigs gern zu Diensten, Verwendungsart bitte angeben!

Chemisch Technische Werke Willybald Richter Leipzig Querstr. 7/6

Tel. 3049, 11248 * Telegr. Adr. Wirilwerke

Zur Messe: Zeisighaus I, Obergeschoß Stand 74/76